

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,50 Goldmark, vierteljährlich 7,50 Goldmark, halbjährlich 14,00 Goldmark, jährlich 28,00 Goldmark, für das übrige Ausland 3,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Gedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 31. Juli 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direction der Postkonten-Gesellschaft, Postfach 100 100

Anzeigenpreise: Die einseitige Kopiersache 0,70 Goldmark, Reklamensache 1,- Goldmark. Kleine Anzeigen das fertige Wort 0,20 Goldmark (unabhängig vom Satzmaß), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellungsanzeige das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,30 Goldmark. Eine Goldmarke - ein Dollar stellt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Finkenstraße 5, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Dementierte Abbruchmeldungen.

Auf der Suche nach dem Kompromiß.

Paris, 30. Juli. (WTB.) Heute am späten Nachmittag ist in den Wandelgängen der Kammer das Gerücht verbreitet gewesen, daß die Londoner Konferenz abgebrochen worden sei. Der Havas-Agentur liegen keine Nachrichten vor, die zu einem derartigen Gerücht Anlaß geben könnten, auch haben maßgebende Kabinettsmitglieder von Anfang an erklärt, daß sie dieses Gerücht für tendenziös und falsch halten.

London, 30. Juli. (WTB.) Die Meldung, daß die Londoner Konferenz abgebrochen worden sei, wird an hiesiger unterrichteter Stelle als Tendenzmeldung bezeichnet, der jede Grundlage fehlt.

Paris, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In den Wandelgängen der Kammer verbreitete sich am Mittwoch abend gegen 6 Uhr das Gerücht, daß die Londoner Konferenz resultatlos abgebrochen worden sei. Eine Bestätigung lag im Augenblick dieses Ferngesprächs nicht vor. Wir geben deshalb diese Meldung mit ausdrücklichem Vorbehalt wieder. Allerdings läßt sich nicht leugnen, daß bereits am Mittwoch morgen die Beurteilung der Lage ungewöhnlich pessimistisch war. Den äußeren Anlaß scheinen die Widerstände gegeben zu haben, auf die der neue französische Kompromißvorschlag sowohl in der englischen Delegation als auch bei der internationalen Finanz gestoßen ist. Das Prinzip der Einführung eines schiedsgerichtlichen Verfahrens bei der Feststellung etwaiger deutscher Verfehlungen in all den Fällen, wo die Reparationskommission nicht zu einstimmigen Beschlüssen gelangen sollte, hatte in den französischen Konferenzkreisen zunächst rückhaltlose Zustimmung gefunden. Erst der Versuch, die Aufgaben dieses Komitees auch auf die Entscheidungen der Reparationskommission bzw. des Komitees für die Ueberweisungen in den Fragen der deutschen Naturalleistungen sowie der aus Rücksicht auf die deutsche Währung gebotenen Ueberweisungen der Barzahlungen auszudehnen, ist im Laufe der Besprechungen, die am Mittwoch nachmittag stattgefunden haben, auf heftigen Widerspruch gestoßen. Der allerdings nicht zuverlässige Berichterstatter der „Liberté“ hat bereits in den Mittagsstunden seinem Blatt gemeldet, daß Herriot den alliierten Delegationschefen keinen Zweifel gelassen habe, er werde weitere Verhandlungen für ausichtslos erklären und nach Paris zurückkehren, wenn die französische Kompromißformel abgelehnt werde. Auch der parlamentarische Mitarbeiter des „Temps“ schreibt am Mittwoch nachmittag, in der Kammer herrsche die Auffassung vor, daß die Londoner Konferenz wahrscheinlich mit der Annahme einer Reihe von Grundfragen demnächst zu Ende gehen werde, da man

reich - einen Mehrheitsbeschluss über deutsche Verfehlungen durch die Reparationskommission oder Sanktionsvorschläge der nach der Formel Theunis eingesetzten Sachverständigen nicht anerkennt, soll sie das Schiedsgericht anrufen können. Dabei wird die Frage aufgeworfen, ob diesem Schiedsgericht bindende Kraft verliehen werden soll oder nicht. Ueber diesen Punkt soll sich die französische Delegation nach glaubwürdigen Meldungen selbst einig sein. Dabei spielen die Londoner Sonderberichterstatter mancher Pariser Blätter eine unwürdige Rolle, indem sie Herriot vor der französischen öffentlichen Meinung so hinstellen, als ob er den Londoner Intrigen nicht gewachsen wäre.

Nachmittags um 4 Uhr traten die Führer der Delegationen zusammen. Der Rat der Fünf hat sich seit Dienstag um den belgischen Außenminister Hymans und den japanischen Botschafter Baron Ishii ergänzt und zu einem Rat der Sieben erweitert. Ihm lag das französische Memorandum, das die am Mittwoch fertiggestellte französische Kompromißformel enthält, vor. Die politische Kommission und die dritte Kommission sind für Donnerstag einberufen.

Die Einladung ist beschlossen.

London, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der langsame Gang der Verhandlungen auf der Konferenz hat vielfach ein Gefühl der Enttäuschung hervorgerufen, dem verschiedene Blätter Ausdruck geben, insbesondere die „Times“. Indessen wird anerkannt, daß die Konferenz bereits verschiedene schwierige Punkte geregelt hat, die noch vor einer Woche als mögliche Ursachen eines vollständigen Scheiterns betrachtet wurden. So ist z. B. die Frage der wirtschaftlichen Außeräumung endgültig gelöst und programmatisch festgelegt. Ebenso ist es jetzt sicher, daß die Deutschen nach London kommen werden, und zwar nicht um Beschlüsse lediglich zur Kenntnis zu nehmen und zu unterschreiben, sondern um über die Ausführungen des Sachverständigenrats zu diskutieren. Es wird hier erklärt, die Alliierten bedauern es ebenso sehr wie die Deutschen, daß die Einladung noch nicht erteilt werden konnte. Jedes andere Vorgehen hätte insbesondere für die deutschen Delegierten die Gefahr eines Zeitverlustes mit sich gebracht. Daß die Einladung erfolgen werde, sei jedenfalls bereits beschlossene Sache.

Gedämpfte Stimmung in England.

London, 30. Juli. (E.B.) „Daily Herald“ (soz.) schreibt zur Londoner Konferenz: Wir sind noch nicht aus dem Schlimmsten heraus, wir stehen wohl noch nicht in der letzten Woche der Konferenz, es ist noch immer ein wenig Hoffnung vorhanden. — „Westminster Gazette“ (lib.) sagt: Wenn die Konferenz bis heute eine Verzögerung erfahren hat, so war es gerade deshalb, weil man versucht hatte, die Voraussetzungen von denen der Plan Dawes getragen ist, zu misshandeln. Wir hoffen aber immer noch, daß es MacDonald gelingen wird, diesen Voraussetzungen noch zur Achtung zu verhelfen.

Die bewegte Senatsführung.

Paris, 30. Juli. (WTB.) Im Senat schlug der Berichterstatter zum Anleihegesetzentwurf vor, die Regierung zu ermächtigen, gewisse Gnadenakte zu vollziehen, jedoch die Erledigung des von der Kammer angenommenen Gesetzes bis zum Herbst aufzuschieben. Gegen diesen Vorschlag erhob die Linke Widerspruch. Bei der Rede de Monzie rief Delahaye (reaktionär): „Sie haben so viel Liebe zu den Böhmen!“ Es kam zu lärmenden Protesten und als Präsident De Selves keine Rente machte, den Delahaye zur Ordnung zu rufen schrieb die Linke „Demission!“ Der Präsident mußte die Sitzung unterbrechen. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wurde Delahaye zur Ordnung gerufen.

Der neue polnische Außenminister.

Er wünscht Freundschaft mit den Nachbarn.

Königshütte, 30. Juli. (WTB.) Wie der „Oberösterreichische Kurier“ aus Warschau meldet, hat der neue Außenminister Strzyński gestern in einer Uebersicht kein Programm entwickelt. Ueber das Verhältnis Polens zu Deutschland erklärte er, daß es ein derartiges sein werde wie dasjenige Deutschlands zu Polen. Polens Bestreben sei, mit Deutschland, aber auch mit Rußland, so freundschaftliche Beziehungen als nur irgend möglich anzuknüpfen, und zwar nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Das ideale Leben weise auf die beiderseitigen großen Vorteile auf dem Gebiet des Handels und der Finanz hin. Diesem Bestreben wolle Polen entgegenkommen. Darüber hinaus werde das Verhältnis Polens zu den beiden Nachbarstaaten abhängig sein von dem Verhältnis der beiden Staaten zu den bestehenden Verträgen und zu dem Völkerbund. Wenn Deutschland und Rußland die Idee des Völkerbundes sich zu eigen machen, so glaube er, daß die Idee einer einträchtigen gutnachbarlichen Zusammenarbeit sich in ihrer ganzen Fülle entwickeln werde.

Der Kampf um die Anleihe.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

Am zweiten Wochenende befindet sich die Londoner Konferenz an einem kritischen Punkt. Sie hat einige Tage geschäftigen Stillstandes hinter sich. Aber die Geschichte dieser Woche ist nichts als die Geschichte geraubter Illusionen: die Politiker haben zuletzt erkennen müssen, daß das Kompromiß in der Frage der Sanktionen und Verfehlungen null und nichtig ist, unbrauchbar, trotzdem es ohne jeden Zweifel ein Ausdruck der tatsächlichen Machtverhältnisse auf der Konferenz ist und ebenso zweifellos in den vergangenen Jahren damit auch schon eine neue politische Tatsache geschaffen hätte. Die Zeit, in der der Politiker die Reparationspolitik beherrscht hat, scheint aber vorbei zu sein. Es spielt sich hier, unter unseren Augen, deutlich eine neue Etappe in der Geschichte der Nachkriegspolitik ab.

Bisher waren die Regelungen, von Versailles angefangen über Spa bis London (mit einziger Ausnahme des allerdings niemals verwirklichten Wiesbadener Abkommens), politische Kompromisse, auch soweit sie wirtschaftliche Regelungen zum Gegenstand hatten. Sie sind deshalb auch praktisch gescheitert, weil sich der wirtschaftliche Mechanismus den politischen Forderungen und Machtverhältnissen nicht im erwarteten Ausmaße anzupassen vermochte, sondern mit den Fieberkurven der Inflation und ähnlichem sichtbar genug reagierte. Diese neue Konferenz unterscheidet sich aber grundätzlich von allen bisherigen darin, daß das wirtschaftliche Argument nicht mehr in die Rolle des Experten, des unmaßgeblichen Beraters zurückgedrängt ist, über dessen Ratsschlüsse man nach Belieben zur Tagesordnung übergehen kann, sondern daß es zum erstenmal mit der ganzen Fülle realer Macht bekleidet ist. Es kann diesmal nicht mehr gelingen, irgendein politisches Kompromiß zu einer politischen Tatsache zu machen, weil — im Gegensatz zu früheren Konferenzen — ein wesentlicher Bestandteil der Regelung die Verwirklichung einer internationalen Anleihe ist. Das ist das Neue, und das ist in gewissem Sinne das Gute. Denn wenn früher erst die Erfahrung jene Kompromisse umstoßen konnte, so ist diesmal die Korrektur der nüchternen Wirklichkeit schon auf der Konferenz selbst gegeben. Der Widerstand, der früher der Zukunft vorbehalten blieb, ist nun verkörpert in den Bankiers, die die Interessen der zukünftigen Anleihezeichner wahrnehmen, die ihren Kunden die Anlage ihres Geldes nicht empfehlen zu können glauben, solange sie besorgen müssen, daß dieses Geld durch neue politische Verwirrungen in Frage gestellt werden kann.

In Chequers hatte man die Durchführung des Dawes-Planes für eine technische Frage gehalten, man hatte übersehen, daß er nicht nur in sich selbst etwas Neues darstellte, sondern daß auch seine Verwirklichung eine neue Methode erforderte. Oder wenn man es wollte, so hat man doch die Schwierigkeiten, die sich der Verwirklichung dieser neuen Methode entgegenlegen mußten, unterschätzt. Hier in London haben sich nunmehr die alten Vorstellungen als stärker erwiesen als man geglaubt hatte, die politische Sphäre war praktisch auf die neuen Erfordernisse nicht vorbereitet; daraus ist der Stillstand entstanden, der die Arbeit der Konferenz lähmte.

Augenblicklich ist die Lage so zugespitzt, daß sie, schon aus äußerlichen Gründen, nicht lange in der Schwebe bleiben kann. Nicht nur Herriot, wenn auch Herriot in erster Linie, auch die übrigen alliierten Minister können nicht wochenlang auf einer Konferenz verweilen, die nicht marschiert, sie alle spüren einen starken Druck auf sich lasten, der praktisch zu einer schleunigen Entscheidung drängt. In dieser Situation ergeben sich mehrere Möglichkeiten der Lösung. Die nächstliegende: die Bankiers geben nach, was in dieser Stunde zwar noch immer möglich, wenn auch wenig wahrscheinlich ist. Sie erklären sich, so nehmen wir an, mit den von den Politikern vorgeschlagenen Voraussetzungen für die Sicherheit der Anleihe befriedigt. Oder es finden sich andere Finanzgruppen, die unter den gegebenen Verhältnissen die benötigten Summen aufbringen. Damit wäre die Konferenz gerettet, der Dawes-Bericht fürs erste gesichert, Poincarés Angriff auf Herriot wäre die Spitze abgebrochen und, auf längere Sicht gesehen, ergäbe sich immerhin die Möglichkeit einer dauernden langsamen Besserung der europäischen Atmosphäre. Neben dieser Chance einer günstigen Entwicklung bliebe aber die andere, unglückliche Wahrscheinlichkeit: Herriot, heute gerettet, fällt morgen, die französische Separation, unter Herriot eine Unmöglichkeit, wird für seinen Nachfolger zur Selbstverständlichkeit. Die Schatten eines neuen Ruheinmarsches mit allen seinen Gefahren tauchen neuerlich auf.

Aber selbst die günstigere Lösung trägt ein weiteres Moment der Unsicherheit in sich, das es zweifelhaft erscheinen läßt, ob die Klärung der Verhältnisse wirklich von Dauer sein könnte. Die 800-Millionen-Goldmark-Anleihe ist nicht die einzige, die die Durchführung des Dawes-Berichtes erfordert. Was die erste auf der Basis eines solchen Kompromisses zwischen Frankreich noch gerade gelingen, bei der zweiten Anleihe würde sich daselbe Problem zum zweiten Male und mit

angeht die im Augenblick als unüberwindlich anzusehenden Schwierigkeiten

die endgültige Entscheidung über die Durchführung des Dawes-Planes einer späteren Konferenz überlassen werde.

Zu den oben angedeuteten Reibungen über die neuen französischen Ansprüche auf eine Revision der Bestimmungen über die Naturalleistungen und finanziellen Ueberweisungen scheint zu gleicher Zeit auch die militärische Räumung des Ruhrgebietes zu einem Konflikt zwischen Frankreich und den übrigen Delegationen Anlaß zu geben. Nach dem von französischen und belgischen Sachverständigen ausgearbeiteten Plan sollte die etappenweise Zurückziehung der Truppen im gleichen Maße erfolgen wie sich die deutsche Schuld flüssig machen lasse und die von Deutschland ausgegebenen Obligationen mobilisiert werden können. Die erste Verkleinerung der gegenwärtigen Besatzungszone sollte erfolgen, sobald die 500-Millionen-Anleihe reiflos gezeichnet sei. Die weitere Zurücknahme der Truppen sollte in drei Abschnitten vor sich gehen und die Räumung vollendet sein, sobald der Betrag von 2 Milliarden Goldmark in deutschen Obligationen von dem internationalen Geldmarkt aufgenommen sei. Als äußerster Räumungstermin sieht der französische Plan den 1. August 1926 vor, auch für den Fall, wenn die Aufnahmebereitschaft der internationalen Geldmärkte bis dahin die Unterbringung eines so großen Betrages deutscher Obligationen nicht ermöglicht haben sollte, jedoch unter der Voraussetzung, daß Deutschland bis dahin alle Verpflichtungen des Dawes-Planes reiflos erfüllt habe. Als Gegenleistung verlangt Herriot, daß die englische Regierung die Befehle der Kölner Zone, deren Räumung für den 10. Januar von ihr in Aussicht genommen ist, aufrecht erhalten bis zur völligen Zurückziehung der französisch-belgischen Truppen aus dem Ruhrgebiet.

Eine Havasnote, die spät nachts in Berlin vorliegt, bekräftigt die vorhergehenden französischen Räumungsbedingungen.

Immer noch kein Kompromiß.

London, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Vertagung der für Mittwoch einberufenen Sitzung der politischen Kommission der Konferenz ist das Eingeständnis, daß die Kompromißformel immer noch nicht gefunden ist. Versuche, innerhalb der französischen Delegation zu einem Kompromißvorschlag zu kommen, demwegen sich auf folgender Linie: falls eine Nacht — das ist Frank-

größerer Schärfe stellen. Denn wenn schon die Bankiers die ersten 800 Millionen Goldmark ohne die letzte Sicherung hingeben würden, so ist es — nach allem, was sich hier in den letzten Tagen abgespielt hat — völlig ausgeschlossen, daß sie noch mehr riskieren würden, ohne völlig sicher zu sein, daß Separataktionen unmöglich sind.

Die Finanzleute verhandeln jetzt schon unter dieser größeren Perspektive, nur so ist im Grunde ihre bisherige starre Haltung erklärlich, und aus diesem Grunde ist es auch unwahrscheinlich, daß sie dem politischen Druck nachgeben und ihren Standpunkt in den nächsten Tagen preisgeben könnten.

Das aber ist der andere Fall, der sich aus der kritischen Situation ergibt. Wird es klar, daß ein Kompromiß zwischen dem französischen Wunsch nach separater Aktion und dem Standpunkt der Bankiers endgültig gescheitert ist, so wird der Stillstand sofort zur akuten Krise der Konferenz. Dann gibt es für Herriot kein Ausweichen mehr. Es ist menschlich verständlich, daß er bisher angelehnt seiner inneren Stellung für das von einem Teil der französischen Öffentlichkeit geforderte Recht zu eigener Sanktion, aber die volle Unterstützung seiner Augenblick aber wird er sich entscheiden müssen, ob er die Zukunft des Kontinents den Gelpenstern einer Vergangenheit opfern will, an der er selbst innerlich keinen Anteil hat, oder ob er nicht doch den Friedenspakt, der Frankreich zwar kein Recht zu eigener Sanktion, aber die volle Unterstützung seiner Alliierten garantieren würde, unterzeichnet, — bereit, sich seinen Gegnern in Paris in offener Feldschlacht zu stellen. Niemand weiß, wie ein solcher Kampf zwischen Herriot und der Reaktion enden würde, niemand kann trotz dem 11. Mai den Ausgang voraussagen. Aber soviel ist sicher, fällt er, so wird er, wie Garzin im „Oblervator“ schrieb, „einer der ersten Männer Frankreichs und ein Mann der Zukunft bleiben.“ Siegt er aber, so hat er mit der Unterschrift unter den Dawes-Plan auch ein Gutteil der Gelpenstern vernichtet, die Europa noch immer bedrohen, und Europa könnte, von einem zehnjährigen Abdruck erlöst, zum ersten Male ohne Selbsttäuschung aufatmen.

## Wozu Fleischzölle?

Eine Gefahr für die Volksernährung.

In der „Kölnischen Zeitung“ vom Dienstag Abend legt Oberregierungsrat Dr. Foth-Münster die schweren Bedenken dar, die gegen die Einführung von Fleischzöllen sprechen. Nachdem er die auch von uns bereits eingehend gewürdigten schweren Folgen von Fleischzöllen für die Lebenshaltung der breiten Massen gekennzeichnet hat, kommt er zu folgendem Schluß:

„Die Einführung von Vieh- und Fleischzöllen erscheint somit zuerst als ein wenig geeignetes Mittel zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion. Sie führt aber mit Sicherheit zu einer Verteuerung der Fleischernährung der ärmeren Bevölkerung, zu neuen Lohnserveränderungen und zu heftigen Klagen über Fleischmangel und Fleischnot, wie sie im Reichstage vor dem Kriege an der Tagesordnung waren und zu endlosen Aussprachen führten. An den bekannten Beschlüssen des Reichstags vom 20. März 1911, der die unbeschränkte Zulassung der Einfuhr von Wachsenfleisch und Gefrierfleisch forderte, an die 1912/1913 vom Reichstag veranlaßte Enquete zur Untersuchung der Ursachen der Fleischmangel und des Fleischmangels und an die zur Verringerung der „Fleischnot“ regierungsfreigearbeitete Einfuhr von frischem Fleisch aus Rußland sei erinnert. Und das war damals, als unser Viehbestand in hoher Blüte stand. Was können wir jetzt erwarten? ... In Italien hat die Regierung Mussolini die Zölle auf Gefrierfleisch wieder aufgehoben. Wir werden bald dasselbe tun müssen, wenn innerpolitische Rücksichten mancherlei Art sie uns doch noch beschützen sollten.“

Gerade der Hinweis auf die Fleischnot vor dem Kriege ist wertvoll, weil er eindringlich genug zeigt, daß der Volks-

ernährung jetzt durch Fleischzölle größte Gefahr droht, nachdem der Viehstand wesentlich gesunken ist und die Landwirtschaft vor der Hand gar nicht imstande ist, ausreichend Fleisch zur Ernährung der großstädtischen Bevölkerung bereitzustellen. Die Fleischzölle wären in der Tat ein schwerer Schlag gegen die Lebenshaltung und damit gegen die Arbeitsfähigkeit der breiten Massen, die auf eine auskömmliche Nahrung angewiesen sind, um arbeiten zu können.

## Die Industriellen melden sich.

Nach den Agrarzöllen die Industriezölle.

Der Ausschuh der sächsischen Industriellen, die sich von jeher durch ihre volkswirtschaftliche Kurzsichtigkeit und die bornierte Vertretung der Profitinteressen auf Kosten der volkswirtschaftlichen Interessen ausgezeichnet haben, hat eine Entschließung gefaßt, die Zollerhöhungen für Industrieprodukte fordert. Der Schrei nach dem lödlichen Notzuschlag ist erhoben — ein großer gemeinsamer Raubzug der Industriellen und der Agrarier gegen die Massen des Volkes soll beginnen.

## Landbundskandal.

Stramm antirepublikanisch — aber gemeine Betrüger.

Vor einiger Zeit verwiesen wir bereits darauf, daß der Steuerberater des Pommerischen Landbundes im Kreise Grefsenberg, Karl Steer, mit recht erheblichen Steuerbeträgen, die er von den Bauern erhalten hatte, flüchtig geworden ist. Trotz der ungeheuren Empörung der geprellten Bauern schloß sich die deutsche nationale Presse bis heute über diese Affäre aus. Sie hatte tatsächlich auch alle Veranlassung, die Blöße der Deffentlichkeit von der unglaublichen Mißwirtschaft in der Kreisgruppe des Landbundes für Grefsenberg abzulenken. Steer hat insgesamt etwa 24000 Goldmark unterschlagen.

Sein Schwindel begann, als die vom Kabinett Cuno unter dem Druck der Arbeiterschaft beschlossenen Steuern bezahlt werden sollten. Steer hielt zu diesem Zweck sogenannte Steuerpredigten ab, wobei die Steuererträge der Bauern gleich errechnet und fast immer sofort an Steer zur Ablieferung an das Finanzamt abgeführt wurden. Welsch erbeten diese Steuertage mit wüsten Saufgelagen. Steer zeigte sich hier stets als vornehmer und freigebiger Gastgeber, der sich auch von dem edelsten Großbauer nicht kumpen ließ. Daneben war er auch als ein hervorragender Redner gegen die Republik und gegen die verschiedensten Behörden bekannt. Seine „nationalen“ Schimpfereien haben förmlich dazu beigetragen, ihm zu immer größerem Vertrauen und Wohlwollen bei den Landbündlern zu verhelfen.

Besonders aufwiegend trat dieser tüchtige „Steuerberater“ auf, als die von der Landbundleitung eingeleiteten Protestaktionen der Landwirte gegen die „brutalen Steuern“ einsetzten. Steer zog mit seinem Anhang vor das Finanzamt und legte gegen die „Auswucherung durch den Staat“ feierlich Vermehrung ein. Anschließend fand man sich dann zu Weingelagen brüderlich zusammen, um die Reue der Landwirte zu besprechen. Als das Finanzamt aber auf die Dauer seine Steuern vor den dem Landbund blindlings vertrauenden Bauern erhielt und Mahnungen hinausgehen ließ, schimpfte man sich einer mächtig über die „Saumwirtschaft auf dem Finanzamt“. Mancher Bauer kam mit der Auktion des „Steuerberaters“ Steer in der Hand erregt zum Grefsenberger Finanzamt, wo ihm dann die Augen geöffnet wurden. Inzwischen wurde dem Betrüger der Boden unter den Füßen zu heiß und er verhielt sich. In ganzen Kreise gibt es kaum einen Ort, wo Steer nicht „trauernde Hinterbliebene“ hat. Er war auch sonst noch sehr geschäftstüchtig, wenn es galt, Getreide, Schmalz, Stoffe usw. unter die Leute zu bringen. Der verantwortliche Leiter der Kreisgruppe Grefsenberg, Hauptmann g. D. Rohleder, der merkwürdigerweise von dem schon monatelang währenden Treiben des Steer nichts gemerkt hatte, wurde bald nach der Aufdeckung der Unterschlagungen verhaftet. Als Nachfolger Steers wurde ein Dr. Weierkopf eingestellt, von dem sich aber bald herausstellte,

daß er sich den Dokortitel unberechtigt zugelegt hatte. Er mußte beschuldigt gehen.

Es ist verständlich, wenn nach diesen Vorgängen das Vertrauen der Bauern zum Pommerischen Landbund völlig geschwunden ist. Die Massenflucht wird aber erst voll einsetzen, wenn der Landbund seine Abfuhr, durch besondere Beiratsleistungen und erhöhte Beiträge die Unterschlagungen des Steer auszugleichen, verwirklichen wird. Wie die Steuerberatung des Landbundes jetzt von den Bauern eingeschätzt wird, geht übrigens daraus hervor, daß sich nur 80 Bauern des Kreises für die weitere Existenz der Buchstelle ausgesprochen haben.

## Abbau-Schledderer.

Er möchte Scheidemanns Nachfolger werden.

Die jetzt in ihrer Mehrheit reaktionäre Stadtverordnetenversammlung in Kassel möchte bekanntlich den Genossen Scheidemann „abbauen“, weil die Herrschaften die Befestigung dieses „Hochverräters“ ihren Wählern feierlich versprochen haben. Scheidemann hat aber vorläufig, was ganz selbstverständlich ist, gegen den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung Einspruch erhoben, und da es sich in diesem Falle um eine wirklich tolle politische Maßregelung handelt, ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die Abbau-Revisionskommission für Hessen-Nassau — wenn nicht schon die Regierung vorher den Beschluß beanstandet — den Stadtverordneten einen Strich durch die Rechnung macht.

Aber schon melden sich offenbar neue Männer, die der Hoffnung sind, Gnade vor den Augen der Reaktion zu finden. Allen anderen um eine Nasenlänge voran dürfte Herr C. Schellen in Dresden sein:

C. Schellen, Ministerialrat Dresden, den 26. Juli 1924.  
Bürgermeister 23  
Freiwilliger Geschäftsträger. Fer 1/19. 10 408

In den Magistrat in Kassel.

Da ich mich gegebenenfalls um die dortige Oberbürgermeisterstelle zu bewerben beabsichtige, bitte ich ergebenst um eine gefällige Auskunft, ob und eventuell unter welchen Bedingungen die Stelle ausgeschrieben wird ...

Ein günstiger Wind hat uns diese Abschrift auf den Tisch gemeht. Wir nehmen an, daß es der Einwohnerschaft Kassels willkommen sein wird, wenn wir ihr durch den Abdruck von der eiligen Bewerbung dieses Preußen in Sachsen Kenntnis geben. Herr Schellen scheint nicht zu wissen, daß die Nürnberger keinen hängen, sie hätten ihn denn, und daß die Hessen keinen begraben, bevor er tot ist. In der Friedensordnung von Gießen vom 12. Juni 1903 heißt es z. B. im § 68 wörtlich:

„Die Beerdigung ist erst nach eingetretenerm Tode gestattet. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung des Bürgermeisters.“

Noch ist Scheidemann Oberbürgermeister, und noch lebt er, Herr Geschäftsträger Preußens in Sachsen!

Aus Darmstadt wird uns geschrieben:

Auch in Hessen verjudet die Reaktion die in Preußen bereits erprobten „Abbau“-Erfahrungen anzuwenden. Bei den Landtagsverhandlungen verlangten die Rechtsparteien bekanntlich den Abbau des sozialdemokratischen Arbeitsministers, die Aufhebung des dem sozialdemokratischen Staatspräsidenten unterstellten Landesamts für Bildungswesen als selbständige Behörde und die Befestigung eines der Sozialdemokratie angehörenden Ministerialrats und eines sozialdemokratischen Polizeirats. Dieser Vorstoß gelang vorläufig jedoch nicht.

Jetzt versuchen die Vertreter der „nationalen Kreise“ ihr Heil auf kommunalpolitischem Gebiet. In ihrem Organ stellen sie neuerdings folgende demagogisch begründete Forderung auf:

„Heute feuzt die Bürgerschaft unter einem kaum noch erträglichen Steuerdruck. Es ist daher den Steuerzahlern gegenüber nicht länger zu verantworten, daß der für den Sozialdemokraten Delp geschaffenen Beigeordnetenposten länger aufrechterhalten bleibt. Die

## Die Wiedergeburt der Tanzkunst.

Die moderne Völkerpsychologie hat den Tanz als die älteste Kunstgattung erwiesen, aus der bei fortschreitender Kultur die übrigen darstellenden Künste ihren Ursprung genommen haben. Im Tanze hat die Armenlichkeit zuerst ihr Gefühlserleben künstlerisch gestaltet. Bei der starken Beherrschung des öffentlichen Lebens der ältesten Völker durch religiöse Vorstellungen und Gebräuche wurde auch der Tanz vorwiegend der Belebung gottesdienstlicher Handlungen dienlich gemacht und erhielt sich in diesem Charakter bis in historische Zeiten. Das antike Drama, dessen Aufführung selbst der Vereidung großer religiöser Feste dienete, ist unmittelbar aus kultischen Tänzen hervorgegangen und läßt diesen Ursprung noch in der ausschlaggebenden Verwendung des Chors erkennen.

Durch die Kirche ist die Tanzkultur vollständig zurückgedrängt worden. Die sinnenfeindliche Einstellung der Kirche mußte naturgemäß jede Körperästhetik als lüthdhaft bekämpfen, und ihr maßgebender Einfluß auf das gesamte Geistesleben, der bis über das Reformationszeitalter hinausreicht, hat den Tanz bis in die neuere Zeit als Kunstgattung unterdrückt. Die Entstehung einer neuen Art von Tanzkultur steht deshalb im Zeichen einer ausgesprochenen, einseitigen Reaktion gegen die ästhetischen Tendenzen der Kirche. Sie fällt zusammen mit der Entstehung des modernen Theaters, das im 17. Jahrhundert von Italien seinen Ausgang genommen hat. Die italienische Bühnentanzkunst dient im wesentlichen der Erregung sinnlicher Reize. Szenische Imitation, eine bis zu höchster Virtuosität als Selbstzweck gesteigerte sprachliche und gefangliche Technik und eine Betonung äußerer Effekte sind ihre Hauptmerkmale. Die Branteliebe des Zeitalters des Barock und des Rokoko spiegelt sich in ihr, und die soziale Entwicklung beschränkt diese Kunst auf höfische und aristokratische Kreise. Zur Unterbrechung und Bereicherung ihrer sinnlichen Wirkung schuf sich die Oper dann das Ballett. Der Ballett-Tanz ist also eigentlich kein selbständiger Kunstfaktor, sondern nur ein Nebenprodukt der Oper. Zwar hat der Wunsch der Ballettkörpers nach einer gewissen künstlerischen Eigenexistenz gelegentlich eine pantomimische Dramatik entstehen lassen, der manche anmutigen künstlerischen Reize („Coppelia“, „Schwanensee“, „Die Puppenfee“) innewohnen. Aber diese Pantomimik dient doch mehr oder weniger nur der Entfaltung der spezifischen, besonders technischen Ballett-Eigenheiten und täuscht ein künstlerisches Eigenleben nur vor.

So sehr auch bis in unsere Zeit eine Vervollkommenung, Bereicherung und Modernisierung des Ballett-Tanzes angestrebt worden ist und zu manchen Gipfeln — sei es durch weltliche Vertiefung bei den Schwedern Wieselenthal, sei es durch weltliche Schwelgerei bei den Russen — geführt hat, so mußte doch schließlich das Ballett zur Erstarrung verurteilt sein, weil es zu eng in das Schema einer Tradition gepreßt ist und in seinem Grundcharakter lediglich die Erregung von Sinnenreiz durch äußerliche akrobatische (Spitzenanzug, Pirouette, Entrechat), dekorative und naturalistisch-pantomimische Effekte anstrebt. Der Ballett-Tanz ist dadurch keine reine Kunst, die tiefstes Menschenleben frei schöpferisch gestaltet, sondern vielmehr ein Kunsthandwerk. Aus dieser Erkenntnis haben seit dem Beginn dieses Jahr-

hunderts eine Reihe von tänzerisch begabten Persönlichkeiten eine Reform oder eigentlich eine Neuschöpfung der Tanzkunst angestrebt. Als erste hat mit solchen Versuchen die Amerikanerin Isadora Duncan viel von sich reden gemacht. Sie wollte den antiken Tanz neu beleben und hat sich dadurch immerhin das Verdienst einer Befreiung von der Ballettschablone erworben, ohne freilich über eine bloße Anregung hinauszugetreten, weil ihr Ziel lediglich archaisch begründete Nachbildungen an Stelle von selbständigen Produkten der schöpferischen Phantasie waren. Seit etwa zehn bis fünfzehn Jahren haben sich dann zahlreiche zum Teil sehr berühmte geworden Tänzerinnen und Tänzer, auch Schulen, wie die Hesterover des Genfers Jacques Dalcroze um eine neue Tanzkultur bemüht. Aber der neue, kunstrevolutionäre, fruchtbare Stil schien bis vor kurzem noch immer nicht gefunden.

Erst in allerjüngster Zeit können wir so etwas wie die Wiedergeburt der Tanzkunst wahrnehmen. Die Entstehung, die Prinzipien und Entwicklungsmöglichkeiten dieser neuen Tanzkunst schildert Sohin Schitowski in einer sehr sachkundigen, klar und anschaulich geschriebenen, von lebendiger Anteilnahme und seiner Einfühlung getragenen Schrift „Der neue Tanz“ (Volksbühnen-Vorträge und Vorträge-G. m. b. H., Berlin, Preis 1 M.). Der Verfasser geht zunächst in einem „Die Theorie“ überschriebenen Kapitel auf die spezifischen Kunstelemente des Tanzes ein und setzt sich mit den außer-künstlerischen Wirkungen des Balletts und der Pantomime auseinander. Wie bei allem künstlerischen Erleben und Schaffen ist ganz besonders beim Tanze, dessen einziger Träger der menschliche Körper ist, und dessen Reize wegen seiner Voraussetzungslosigkeit auch dem Zuschauer am leichtesten eingehen und ihn am unmittelbarsten paden, der Rhythmus das Element künstlerischer Formung. Das Wesen des neuen Tanzes ist die naive rhythmische Gestaltung eines subjektiven Gefühlserlebnisses. Dabei unterliegt der Rhythmus keinen von außen vorgeschriebenen metrischen Gesetzen, sondern entsteht impulsiv in harmonischem Zusammenhange mit dem geistig-seelischen Gehalt des Tanzes. Daß im übrigen die Verwertung akrobatischer Fertigkeiten nicht den Vorzug auf Anmut und vollkommene Beherrschung des Körpers bedeutet, liegt in der Natur des Tanzes begründet, wie ihm ja auch eine beschreibende dekorative Ergänzung seiner Wirkung zugute kommen kann.

Die drei Hauptvertreter des neuen Tanzstils sind Rudolf von Laban, Mary Wigman und Jutta Klamt. Ihre Tanzschöpfungen sind nicht Illustrationen der Worte von Dichtern und Musikern, sondern Originalgebilde tänzerischer Phantasie, die weltliche Vorgänge veranschaulicht. Die Ablehnung des rein technischen, dekorativen und pantomimischen Beiwerks hat zu der Bezeichnung des „abstrakten Tanzes“ geführt, die mir wenig glücklich erscheint, da ja gerade der Tanz am unmittelbarsten zu den Sinnen spricht. Treffender scheint mir die Bezeichnung des „freien“ (Laban) oder „absoluten“ (Wigman) Tanzes. Die letzten Darbietungen dieser Meister und ihrer Tanzgruppen haben Eindrücke und Entwicklungsmöglichkeiten von einer Neuartigkeit gezeigt, deren erschütternde und erhebende Wirkungen sich durch Worte kaum andeuten lassen. Schon sind einzelne Schüler, von denen die Wigman-Schülerin Gret Balucca bereits höchste Anerkennung gefunden hat, erfolgreich an der Weiterbildung des neuen Tanzes am Werke. Der neue Tanz zerstreut auch das weit verbreitete, für das Ballett bedingte zurechtende Vorurteil, daß der Tanz femininen

Charakter habe und ein männlicher Tänzer keinen reinen ästhetischen Genuß biete. Der Klamt-Schüler Joachim Fischer wie auch Laban selbst dürften wohl diese Vorurteile widerlegen. Vor Mary Wigman, einer offenbar sehr starken Persönlichkeit, scheint mir Jutta Klamt dies voraus zu haben, daß sie den Mitgelebten ihrer Tanzgruppe eine größere Entfaltung ihrer Individualität läßt, freilich auf Kosten der Einfachheit und einprägnanten Klarheit ihrer Darbietungen. Aber mir stehen ja erst in den Anfängen dieser neuen Kunst, und auf jeden Fall ist hier der Weg eröffnet, um, wie Schitowski treffend sagt, „die Schöpfung des großen volkstümlichen Massenanziehens anzubahnen“. Das Verständnis für diese Kunst und die Liebe zu ihr zu wecken, ist das nicht geringe Verdienst der genannten Schrift.

Dr. Wilhelm Volze.

## Der Streit ums Paradies.

Von Hans Wefemann (Genf).

Einen schönen Schrecken bekam ich heute morgen, als ich meine tägliche „Swiss“ öffnete und in fetten Buchstaben las: „La découverte du paradis par Herr Doktor Franz von Wendrin pangermaniste de première classe et antisémite complet ...“ (das stand tatsächlich da, lieber Franz von Wendrin, Sie sehen also, wie berühmt Sie schon geworden sind) und dann folgerte das Blatt weiter, daß diese deutsche Bekämpfung des Paradieses wieder so eine abgeheuliche germanische Heimtücke sei, die die Zivilisation bedrohe. Außerdem hätten die Berner längst festgestellt, daß das Paradies zwischen Bümplin und Grindelwald gelegen habe, Bern selber aber der strahlende Mittelpunkt gewesen sei ...

Ran kann sich die weitere Entwicklung denken, die Schweiz wird gegen die Anfechtung ihres Originalparadieses protestieren, Noten und Verbalinjurien werden gewechselt werden und schließlich wird noch die Reparationskommission aufgerufen werden und das von Franz von Wendrin wieder ererbte Paradies beschlagnahmt. Um dieses Band nun lukrativ zu machen, wird der Feindbund das „Paradies“ dem internationalen Fremdenverkehr erschließen und mir werden es erleben, daß Franz von Wendrin, der als Grafshüter in seinem Paradiese angestellt wird, hier eines Tages den Fremdenführer für Mister Bob aus New York macht und einen Dollar Trintgeld bekommt.

Trauerfeier für Busoni. Für ihr verstorbenes Mitglied, den Leiter der Meisterklasse für musikalische Komposition, Prof. Ferruccio Busoni, veranstaltete die Akademie der Künste gestern mittag in ihren Räumen am Pariser Platz eine eindrucksvolle Trauerfeier. Den beurlaubten Präsidenten der Akademie, Prof. Max Liebermann, vertrat dabei der Ständige Sekretär Prof. Dr. Wimmersdorfer, vom Auswärtigen Amt erschien Legationsrat Sievers, vom Kultusministerium Prof. Restenberg. Der italienische Vorkämpfer Graf Bosdari und der italienische Generalkonsul Alfani begrüßten persönlich der Witwe und den beiden Söhnen des in Empoli bei Florenz geborenen Meisters ihr Beileid. Man sah ferner Vertreter der Hochschule für Musik, der Staatsoper, des Philharmonischen Orchesters und zahlreiche hervorragende Persönlichkeiten des Berliner Musiklebens. An der Stirnwand des mit schwarzem Flor

Stadtverordnetenversammlung hat die Pflicht, der Weg zu beschneiden, den ihr Hannover und Kassel gewiesen haben, nämlich die Stelle baldigst abzubauen. Hier werden unsere Stadtverordneten beweisen können, ob das Wohl der Gesamtheit höher steht, als das Interesse eines einzelnen und der ihn begünstigenden Partei.

Genosse Delp, dessen Wahl fast einstimmig erfolgte, trat sein Amt unter den schwierigsten Verhältnissen an. Mit Umsicht und Klugheit verwaltete er die ihm von der Stadtverwaltung zugewiesenen Tätigkeitsgebiete: Notstandsarbeiterfragen, Wohnungswesen, Erwerbslosenfragen, Sozial- und Kleinrentnerfürsorge, Kindererziehungen, Kinderfürsorge, Demobilisierungswesen, Tarif- und Lohnfragen usw. Für diese erfolgreiche Tätigkeit, die die Stadt vor mancher schweren Krise bewahrte, soll er nach dem Muster von Kassel und Hannover auf Vorschlag der Deutschnationalen abgebaut werden. Ob auch hier die Demokraten wieder Hilfestellung leisten?

## Bayerischer Separatismus.

### In München preist man auf die Reichsverfassung.

Die neue bayerische Regierung scheint eine neue schwere Krise zwischen dem Reich und Bayern heraufbeschwören zu wollen. Der bayerische Minister des Innern hat erklärt, daß er den Beschluß des Reichstags über die Aufhebung des Verbots von politischen Parteien nicht ausführen werde, da er die verfassungsrechtlichen Kompetenzen des Reichstags überschreite. Dieser fadenförmige staatsrechtliche Vorwand soll — wie immer in Bayern — die offene, verfassungswidrige Auflehnung gegen die Reichsgesetze bezeichnen. Die Regierung held scheint den Ehrgeiz zu besitzen, die Methoden des trockenen Putschs fortzusetzen. Wir erwarten, daß der Reichstanzler gegenüber diesen Versuchen energisch die Verfassung schützt und die Durchführung der Beschlüsse des Reichstags sichert.

Es ist um so notwendiger, daß die Reichsregierung dieser skandalösen bayerischen Krisenmacherei entgegentritt, da gleichzeitig die bayerische Regierung demonstrativ die öffentliche Abhaltung von Verfassungsfeiern am 11. August verbietet. Die Begründung des Verbots, das bereits im Auslande großes Aufsehen erregt, ist klassisch. Sie stützt sich — auf die Paraden der Monarchisten und Hakenkreuzler. Es zeigt sich folgender Tatbestand: Rupprecht, der Präsident der bayerischen Monarchisten, konnte ungehindert Paraden abnehmen — den Republikanern ist es verboten, den durch Reichsgesetz festgelegten Verfassungstag öffentlich zu feiern. Die bayerischen Putschisten und Separatisten konnten ungehindert ihre Hakenkreuzfahnen und die schwarzweißroten Fahnen spazieren tragen — die Demonstration der Fahnen der Republik wird verboten.

Daß die bayerische Regierung mit ihrem Verbot gegen die Monarchisten zielt, wird ihr niemand glauben. Sie selbst erklärt ihren Standpunkt offen: sie hat keine Freude an der Reichsverfassung und sieht daher von offiziellen Feiern ab. Mit dieser Erklärung ist jede Versicherung, daß die bayerische Regierung zum Schutze der Verfassung bereit sei, hinfällig und unehrlich. Eine Regierung, die die öffentliche Verfassungsfeier verbietet, die eine amtliche Erklärung gegen die Reichsverfassung abgibt, die gleichzeitig die Nichtausführung der Beschlüsse des Reichstags verkündet, ist keine verfassungsmäßige Regierung im Sinne der Reichsverfassung.

Diese bayerische Regierung macht Bayern mit ihrem Verhalten zum Herd eines neuen Separatismus. Die Liebe der Bevölkerung in den besetzten Gebieten zum Reich hat das Geipensft des Separatismus gebannt. Hier erhebt die Regierung eines Landes erneut die Fahne des Separatismus, eines gefährlicheren und niederrächtigeren Separatismus, der sich hinter den heuchlerischen Versicherungen, die Verfassung schützen zu wollen, verbirgt. Eine schmachvolle Parallele zeigt

drapierten Sitzungssaales der Akademie war der Eichenfarg inmitten prächtiger Blumengewinde aufgebahrt. Gesang des Madrigalchors der Akademie für Kirche- und Schulmusik, der Jakob Händels „Ecco quo modo justus“ zu Gehör brachte, und der Vortrag des „Andante cantabile“ aus Mozarts Streichquartett in C-Dur, vom Havemann-Quartett gespielt, leitete die Trauerfeier ein. Als Vertreter des Präsidenten der Akademie der Künste ergriff dann Prof. Waldemar v. Bauhner das Wort, um den Verde- und Lebensgang des großen Meisters zu schildern. Dann sprach Prof. Dessoff begeisterte Worte zum Ruhme des Entschlafenen, dem er den Dank für alles das abstattete, was er dem deutschen Volk und der ganzen Welt gewiesen sei. Namens der Internationalen Gesellschaft für moderne Musik gedachte Prof. Adolf Weichmann des Dahingegangenen als des großen Virtuosen, der wie kein anderer Deutschland die Treue gehalten habe. Die hochfeine Rotette „Wie wohl ist mir, o Freund der Seelen“ beschloß die Feier, nach deren Beendigung die Überführung der Leiche von Wilmersdorfer Krematorium erfolgte, wo im engsten Familienkreise die Einäscherung stattfand.

Jaurès und die deutsche Philosophie. Jean Jaurès wurde durch das eingehende Studium der deutschen Philosophen Kant, Hegel und Fichte auf die tiefen ethischen Wurzeln des sozialistischen Gedankens aufmerksam gemacht. In einer — in lateinischer Sprache verfaßten — Doktortheile, die heute noch als ein Musterbeispiel klassischer Latinität gilt, deutete er die tiefen geistigen Zusammenhänge zwischen den deutschen Philosophen des 18. und 19. Jahrhunderts und der modernen sozialistischen Arbeiterbewegung auf. Die These lautete: „Ueber die Vorläufer des deutschen Sozialismus bei Luther, Kant, Fichte und Hegel“. Diese glänzende geistige Leistung war Jaurès' erstes Glaubensbekenntnis zum sozialistischen Gedanken, und bald darauf vollzog er seinen politischen Uebergang aus dem linksdemokratischen bürgerlichen Lager zu der damals noch kleinen Schaar der Vorkämpfer für die Befreiung des Proletariats. Seine für einen Franzosen ganz ungewöhnliche Beherrschung der deutschen Sprache und der deutschen Kultur verhalf ihm die in keinem Lande nur allzu leitende Gabe, Deutschland nicht nur kulturell, sondern auch politisch wirklich zu verstehen. Und so wurde er, bei aller Liebe zum eigenen Vaterlande, ein Internationalist im besten Sinne des Wortes und blieb es bis zu seinem letzten Atemzuge. Er kannte und erkannte alle Vorzüge des deutschen Wesens, aber auch dessen Nachteile. Er begriff die geschichtlichen Ursachen der deutschen politischen Entwicklung wie kein anderer Franzose und sicher auch viel besser als die meisten Deutschen. Er wurde zu einem der treuesten und besten Freunde des deutschen Volkes und gerade deshalb zu einem unerlöschlichen, aber auch gerechten Ankläger gegen das wilhelminische Deutschland.

Prof. Max Faustmann, Lehrer der Kunstgeschichte an der Universität Kassel, ist als Nachfolger Böhmings an die Münchener Universität berufen worden.

Ein bewegliches Volksschicksal. Wie „Tannin“ meldet, hat die deutsche Regierung ein bewegliches Haus mit zwölf Zimmern für die deutsche Botschaft nach Angora gekauft. Teile des Hauses würden zu gewissen Jahreszeiten nach Konstantinopel gebracht werden. — Sollte es sich dabei um das berühmte Zelt handeln, das Wilhelm einst dem Weltmarschall Salaberjee in den sündigen Hammelstrog mitgab?

sich: die Bevölkerung Bayerns ist bei der Feier des Verfassungstages ebenso eingengt, wie die Bevölkerung der besetzten Gebiete. Dort ist es militärische Willkür der fremden Besatzungsbehörden, die öffentliche Verfassungsfeiern verbietet — in Bayern aber ist es eine deutsche Regierung, die noch den Mut hat, sich verfassungsmäßig zu nennen. Welch eine Stütze für die Willkürherrschaft der Besatzungsbehörden!

Wird die Reichsregierung die Verfassung gegen die bayerischen Anschläge schützen? Wird sie auf die unehrliche Erklärung des Innenministers der bayerischen Separatisten gebührend antworten?

### Die Verordnung gegen die Verfassungsfeier.

München, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Da große Teile des bayerischen Volkes am 10. August den Geburtstag der republikanischen Reichsverfassung feiern wollen, hält die bayerische Regierung das für den günstigen Augenblick, um eine Verordnung zu erlassen, die auf Grund eines Ministerratsbeschlusses eine Beschränkung der in der breitesten Öffentlichkeit gefeierten Feste bringt. In einer Pressekonferenz gab der Minister des Innern Stügel folgenden Aufschluß:

„In Bayern geht seit einigen Monaten eine Festseuche durch das Land. Die Häufung der vaterländischen Feiern führt nicht nur zu einer Verflachung des vaterländischen Gedankens, sondern auch zur Schädigung des deutschen Volkes vom Auslande her. Die Regierung wird deshalb eine Verordnung erlassen, die das Uebermaß von solchen öffentlichen Festlichkeiten eindämmt. Künftig sollen alle derartigen Veranstaltungen, deren Genehmigung nach den Bestimmungen des Ausnahmezustandes erforderlich ist, von den Polizeibehörden einer strengeren Prüfung als bisher unterzogen werden. Feiern und Veranstaltungen unter freiem Himmel werden in der Regel nicht mehr genehmigt. Ausnahmen werden nur dann gemacht, wenn es sich um Veranstaltungen handelt, an denen ein allgemeines Interesse von Volk und Staat besteht. Festlichkeiten, die von einzelnen Gruppen oder Volksteilen ausgehen und bei denen anzunehmen ist, daß sie den Widerspruch andersdenkender Kreise hervorrufen, sollen in der nächsten Zeit nicht mehr in der Öffentlichkeit erscheinen dürfen. Diese Verordnung gilt bereits für die Feier des Opfergedenktages am 3. August.“

### des weiteren für die Verfassungsfeier am 10. August.

Die Veranstaltungen zur Verfassungsfeier sollen sich grundsätzlich in geschlossenen Räumen abspielen. Außerdem ist für diese Feiern auch die polizeiliche Genehmigung notwendig. Die gleichen Gesichtspunkte sollen in Zukunft für alle nach den Bestimmungen des Ausnahmezustandes genehmigungspflichtigen Veranstaltungen unter freiem Himmel gelten.“

Der Minister erklärte außerdem, daß die bayerische Regierung von sich aus keine Verfassungsfeier veranstalten werde. Die bayerische Regierung achte und respektiere zwar die Weimarer Verfassung und trete erforderlichenfalls mit allen Nachmitteln für ihren Schutz ein, aber die Regierung habe auch niemals einen Zweifel darüber gelassen,

daß ihr die jetzige Reichsverfassung keine reine Freude bereite.

Es wäre deshalb eine Heuchelei von der Regierung gewesen, wenn sie trotzdem eine offizielle Verfassungsfeier veranstaltet hätte.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Verordnung einen Sturm der Entrüstung bei der verfassungstreuen Bevölkerung Bayerns und darüber hinaus Deutschlands hervorrufen wird. Denn auch noch so beruhigende Interpretationsversuche von Regierungsseite können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Verordnung grundsätzlich und zu allererst gegen die Verfassungsfreunde und damit gegen die Träger der legitimen Staatsautorität Anwendung findet. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtages hat deshalb beschlossen, für die Donnerstagstagsfeier des Landtages, in der über die Anträge betr. Aufhebung des Ausnahmezustandes entschieden wird, einen Ergänzungsantrag einzubringen, der verlangt, daß in Zukunft unter den erlaubten Versammlungen und Aufzügen unter freiem Himmel auch die Verfassungsfeiern zu rechnen seien.

In der Pressekonferenz gab Dr. Stügel weiter im Namen der Regierung der Befriedigung Ausdruck, daß es wegen der bekannten Beschlüsse im Rechtsauschuß des Reichstages nunmehr doch nicht zum Konflikt zwischen Bayern und dem Reich gekommen sei. „Die Wolken, die aufgejogen waren, sind zu unserer größten Genugtuung wieder verschwunden“, sagte der Minister. Hinsichtlich des im Reichstage gefaßten Beschlusses, der die Aufhebung des Verbotes der kommunistischen Partei verlangt, mache man sich in Bayern keine Sorge. Denn dieser Beschluß bedeute eine Ueberschreitung der verfassungsrechtlichen Kompetenzen des Reichstages. Er werde deshalb in Bayern nicht durchgeführt. Die bayerische Regierung besahe sich mit dieser abtönenden Haltung in sehr guter Gesellschaft, denn sie habe begründeten Anlaß zu der Annahme, daß auch die Reichsregierung auf dem gleichen Standpunkt wie sie selbst stehe.

## Im Zeichen des Hakenkreuzes.

### Jarres gegen das Judentum.

In der „Voss. Ztg.“ finden wir folgende, das Charakterbild des Reichsministers Jarres vervollständigende reizvolle Mitteilung:

Dem Reichsinnenminister Dr. Jarres sagt man nach, daß er aus Abneigung gegen die schwarzrotgoldene Fahne der Republik bei der am 3. August stattfindenden Gedenkfeier für die Opfer des Weltkrieges gar keine Fahnenentfaltung genehmigt hat. Minister Jarres hat offenbar auch eine Abneigung gegen die Teilnahme jüdischer Kriegsteilnehmer an dieser Feier. Während am 3. August offiziell der evangelische und der katholische Feldprediger der Reichswehr rednerisch beteiligt sind, ist die Mitwirkung eines Feldpredigers von Herrn Jarres als unmöglich bezeichnet worden. Eine Sonderfeier auf dem Weihenstephaner Friedhof bei den Kriegesgräbern, die die jüdische Gemeinde infolge Bräckerung veranstalten wollte, wurde vom Polizeipräsidenten verboten mit der mündlichen Begründung, daß auch eine politische Feier im Charlottenburger Mausoleum nicht gestattet worden sei.

Man hat im Zeichen des Bürgerblokes schon sehr erhebliche Wegtreten zurückgelegt. Jarres treibt weiter zur Eile an, damit die „reindeutsche“ Verwaltung des Reiches endlich zur Tat werde. Nachdem die Judenbahn zum Erfolge geführt hat, die „Marxisten“ nach Meinung der Bürgerblöcker endgültig erledigt sein werden, wird dann der bismarckische Kulturkampf gegen das Zentrum wieder beginnen. Man sieht, daß wir lustig vorwärts schreiten nach rückwärts!

Eine Nachricht, die ganz in diese Zeitströmung gehört, obwohl sie an die finsternen Zeiten des Mittelalters erinnert, wird soeben aus Hagen (Westfalen) übermittelt und sogar durch den englischen Rundfunk in die fernsten Weltteile zum Ruhme Deutschlands verbreitet. Es handelt sich um diese Robette:

In der Nacht vom 27. zum 28. Juli ist von unbekannter Hand der jüdische Friedhof in Hagen in grauenhaftester Weise verwüstet worden. Nicht weniger als 52 Grabsteine, darunter solche von vielen Zentnern Gewicht, sind umgestürzt worden, zum Teil zerbrochen. Auf dem Friedhofe stehen noch sechs Steine, bei denen aber auch die Spuren sichtbar sind, daß es den Tätern nicht gelang, sie umzuwerfen. Fast alle Grabstellen zeigen die leeren Stümpfe, die Blumen sind vernichtet und zertritten. Wie systematisch vorgegangen wurde, zeigt ein Grabstein, den die Täter wegen seines Gewichtes nicht umstürzen konnten. Diesen Stein wollte man anscheinend umlegen und scheute sich nicht, die Ruhe des Toten dadurch zu üben, daß man an seinem Grabe den ganzen Schmutz niederhackte und dann tiefe Gruben aushub, um den Stein zu stürzen. Hier sind vielleicht die Täter gestört worden, denn es fanden sich an dem Grabe noch Haken, Spaten und Schaufel. An einem anderen Grabe, das keinen Stein aufwies, hat man den Blumenstamm sinnlos herausgerissen. In der Friedhofskapelle sind Fenster zertrümmert worden, die Kanzel und Bänke wurden umgeworfen. Ein aufgefundenes Hakenkreuz läßt nur den Schluß zu, daß durch schrankenlose antisemitische Tölpelie Verbündete am Werke gewesen sind.

Lubendorf wird seine helle Freude haben. Da er die lebenden Juden nicht umbringen lassen kann, wüten seine Freunde gegen die wehrlosen Toten. Und Herr Jarres, Reichsminister des Innern, folgt hoffentlich nach erröthend, diesen Spuren: Er will keine Feldrobetter, wo der Toten des Weltkrieges gedacht wird, und auf Grund seiner Ausnahmerechtung wird sogar der jüdischen Gemeinde verboten, auf dem Friedhofe der jüdischen Gefallenen zu gedenken!

Zehn Jahre nach Beginn des Weltkrieges, sechs Jahre nach seiner Beendigung sind wir glücklich wieder so weit, wie zu Martin Luthers Zeiten. Es lebe der Fortschritt und die deutsche „Kultur“!

## Die neuen Micum-Verhandlungen.

### Ein französischer Bericht.

Düsseldorf, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die am Montag stattgefundenen Micum-Verhandlungen wird am Mittwoch von französischer Seite folgendes bekanntgegeben:

Die Zechenindustriellen legten den Vertretern der Micum in eingehenden Ausführungen ihren Standpunkt dar und wiesen darauf hin, daß infolge der Weigerung der Reichsregierung, einen Teil der Reparationskostenleistungen zu finanzieren, sie nicht mehr in der Lage seien, die bisherigen Verträge zu erneuern. Es sei ganz ausgeschlossen, daß sie, wenn die Reichsregierung auf der Weigerung der Finanzierung beharre, angesichts der katastrophalen Lage des Ruhrbergbaues die Kohlenleistungen nach dem 1. August weiter ausführen könnten. Trotz der 30proz. Kohlenpreiserhöhung litten die Zechen unter einer verhängnisvollen Absatzkrise. Die schlesische Kohle habe die Konkurrenz mit der Ruhrkohle erfolgreich aufgenommen. Der Ruhrbergbau sei daher zu umfangreichen Feierschichten gezwungen, die Zahl der feiernden Bergleute belaufe sich täglich im Durchschnitt auf 35 000.

### Verhandlungen mit der Reichsregierung.

Die Verhandlungen der Sechserkommission des Ruhrbergbaues mit der Reichsregierung, die Dienstag begonnen haben, wurden Donnerstag fertiggestellt. Zu irgendwelchen Ergebnissen sind die Besprechungen bisher noch nicht gekommen, jedoch wurde von den Vertretern des Ruhrbergbaues betont, daß eine weitere Uebernahme von Micum-Rahen bis zur endgültigen Regelung der Reparationsleistungen ohne Unterstützung der Reichsregierung nicht in Frage kommen könne.

## Dänische Reformen.

### Die Arbeiterregierung am Werk.

Kopenhagen, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Man schlägt in Dänemark nicht so wild darauf los, wie in Deutschland. Die politische Taktik ist durch die jahrzehntelange Tradition zu einer raffinierten „Kriegskunst“ geworden. So konnte man auch nicht erwarten, daß die Opposition dem Abrüstungsversuch der sozialdemokratischen Regierung von vornherein mit wildem Geschrei entgegengetreten werde. Sie hält ihr Pulver trocken bis zur Septembertagung des Reichstages, die über die Abrüstung entscheidet und will sich bis dahin Woffen und eine günstige Kampfsituation schaffen. Nur von diesem Gesichtspunkt aus ist der erste Angriff zu werten, den der Oberstkommandierende des Heeres soeben gegen den Abrüstungsversuch eingeleitet hat. In einer Erklärung, die sich auf alle übrigen Generale des dänischen Heeres bezieht, rüdt er von dem Abrüstungsplan ab, muß sich aber von dem Verteidigungsminister erwidern lassen, daß er selbst die gegenwärtige Militärordnung Dänemarks als unzulässig bezeichnet habe. Seine Antwort ist, er lasse sie nur als „Grundlage“ gelten für einen besseren, größeren Verteidigungsplan. Das ist ziemlich unglücklich, denn der „größere“ Verteidigungsplan würde „größere“ Millionen kosten, und so militärfeindlich die dänische Opposition tut — ob sie es für vorteilhaft halten wird, den Millionenersparnissen der Abrüstung des sozialdemokratischen Verteidigungsministers die Millionenvermehrung seiner Generale entgegenzusetzen, ist mehr als fraglich. Das andere, vielleicht bessere Material wird der Opposition von der allskandinavischen Presse Schweden und Finnlands geliefert, die erklärt, Dänemark dürfe nicht abrüsten, da ganz Skandinavien als ein Verteidigungsgebiet anzusehen sei. Das dänische Ministerium hat diese Knüttel mit der kurzen Bezeichnung, daß Dänemark durch keinerlei Militärverbündnis gebunden sei, aus dem Wege geräumt.

Auch in anderer Beziehung benutzt die Opposition die äußerliche Ruhe im politischen Leben zur Vorbereitung des Kampfes gegen das sozialdemokratische Ministerium. Während man in der Valutafrage vorsichtig vorgeht und, durch die Warnungen des letzten Monats angeleitet, sich auf ein annehmbares Kompromiß vorbereitet — wobei aber die Frage ist, inwieweit untere Genossen in dieser wichtigen Frage nachgeben werden — greift die bürgerliche Presse den Kultusminister, Genossin Nina Bang heftig an, weil sie einige höhere Schulposten mit Sozialdemokraten besetzte. Die uns Deutschen so wohlbekannte Hege von der „Futterkrippe für Parteigenossen“ macht auch in Dänemark Schule. Genossin Bang dürfte sich dadurch nicht beirren lassen. Sie arbeitet gegenwärtig an einem Plan der Aufhebung der in Dänemark noch bestehenden geistlichen Schulaufsicht. Die Schulverfassung Dänisch-Nordschleswigs, wie sie dort in der deutschen Republik eingeführt wurde, soll Vorbild für ganz Dänemark werden.

Eifrig gearbeitet wird auch im Finanzministerium, um u. a. die dringend notwendige Steuerreform — die bürgerliche Regierung hatte circa 70 Proz. indirekte Steuern gegen 30 Proz. direkte festgesetzt — fertigzustellen. Die Oppositionspresse mutmaßt, mißtrauisch eine Schwäche suchend, wo sie am besten gegen die sozialdemokratische Steuervorlage vorgehen kann.

So wird h'n und her gepölkelt, vorgeführt, vorbereitet auf die kommende Reichstagsession und die Septemberwahlen für den halben Landthing. Die Wahlen und die Reichstagsabstimmung bringen, darüber sind sich alle Parteien in Dänemark klar, die Entscheidung über die sozialdemokratische Regierung und damit für das Land.

Wird Averescu paffchen? Aus Anlaß vor einem Ratich des Generals Averescu ist der zunächst über Bukarest verhängene Ausnahmestau auf ganz Rumänien ausgedehnt worden. Vorläufig wird er aber gegen die Kommunisten angewendet.

# Gewerkschaftsbewegung

## Der Schiedspruch im Baugewerbe.

Einstimmig abgelehnt.

Wie uns aus Hamburg telegraphiert wird, haben die Vereinigten Verbände des Baugewerbes folgendes Schreiben an das Reichsarbeitsministerium gerichtet:

„Die unterzeichneten Vorstände der baugewerblichen Arbeiterverbände teilen dem Reichsarbeitsministerium und dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe mit, daß die berufenen Vertreter der genannten Arbeiterverbände den Schiedspruch vom 16. Juli dieses Jahres, III C 4664, abgelehnt haben.

Zur Begründung der Ablehnung sei angeführt, daß die Vorstände der baugewerblichen Arbeiterverbände die Durchführung des Schiedspruchs für völlig unmöglich halten.

Insondere ist der Schiedspruch in bezug auf die Arbeitszeit für die Arbeiter unerträglich. Die Vertreter der Bauarbeiter haben wiederholt erklärt, daß sie für eine zeitweilige Verlängerung der Arbeitszeit eintreten würden, wenn eine allgemeine wirtschaftliche Notwendigkeit dazu vorläge. Solche Notwendigkeit kann aber nicht von dem Stande einzelner Unternehmer oder Unternehmergruppen, auch nicht von der Lage der Gesamtunternehmung hergeleitet werden, sondern die Lage der Arbeiterklasse muß mit ausschlaggebend sein. Die Lage der Bauarbeiter ist aber seit Jahren, und besonders auch in diesem Jahre, so, daß sie zum großen Teile monatelang arbeitslos sind. Selbst in den besten Sommermonaten ist die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe größer als in früheren Jahrzehnten während des Winters. Bei diesem Zustande von den Bauarbeitern zu verlangen, einfach auf Anordnung des Unternehmers nach dessen wirtschaftlichen Bedürfnissen 26 Wochen lang 52 Stunden zu arbeiten — ohne Rücksicht darauf, daß Hunderte und Tausende von Bauarbeitern fern sind, daß ist eine unmögliche Zumutung.

Wie von den Vorständen der baugewerblichen Arbeiterverbände nicht verteidigt werden kann.

Es liegt ferner nach der Ueberzeugung der unterzeichneten Vorstände gar kein Grund vor für die im Schiedspruch vorgesehene Altersstaffelung. Im Baugewerbe hat immer die Möglichkeit bestanden, den neunjährigen Arbeiter so anzustellen und auszunutzen, daß er mit dem normalen Tariflohn entschädigt werden kann. Ebenfalls ist es irgendwie gerechtfertigt, die Lohn-differenz zwischen „gelernten“ und „ungelernten“ Arbeitern nach den Forderungen der Unternehmer zu vergrößern. Mit aller Entschiedenheit wird auch die Verschärfung der Ferienregelung abgelehnt, die darauf hinausläuft, daß auch die wenigen Bauarbeiter, die überhaupt erst Anspruch auf Ferien haben, in diesem Jahre nicht in den Ferien genutz kommen. Daß dann noch die Ferien mit der Arbeitszeitverlängerung ver Doppelt worden sind, macht die Sache natürlich noch schlimmer.

Schließlich ist auch die Entscheidung über die Werkmeisterfrage ein Ablehnungsgrund für die Unterzeichneten. Es muß ganz klar ausgesprochen werden, daß die Arbeitgeberverbände die Pflicht haben, die Arbeitsbedingungen der Werkmeister auch mit den baugewerblichen Arbeiterverbänden zu regeln, da diese dafür zuständig sind.

Diese Antwort war vorzuzusetzen. Ist es schon ein starkes Stück von den in jeder Beziehung rückständigen Leitern der Unternehmerorganisationen des Baugewerbes, unter den gegenwärtigen Umständen eine Verlängerung der Arbeitszeit zu verlangen, ohne daß sie selbst etwas zur Intensivierung und Modernisierung des Baugewerbes verfußt haben, so ist es einfach unerträglich, daß sich ein sogenannter Unparteilicher findet, der sich die dümmsten und unmaßstäblichsten Argumente der Unternehmer zu eigen macht und die von diesen geforderte Verlängerung der Arbeitszeit auspricht. Eine andere als die vorstehende Antwort konnte darauf nicht gegeben werden. Die Bauarbeiter werden sich von niemandem eine Verlängerung der Arbeitszeit aufzwingen lassen, von deren Notwendigkeit sie nicht selbst überzeugt sind.

## Die Arbeitszeit der Schwerarbeiter.

Die Neuregelung der Arbeitszeit der Schwerarbeiter wird, wie der „Soz. Parlamentsdienst“ aus dem Reichsarbeitsministerium erzählt, kaum vor dem Herbst durchgeführt werden können. Die schon lange ausgenommenen Vorarbeiten für die Verordnung zur Ausführung des § 7 der Arbeitszeitverordnung (zur Arbeitszeit der Arbeitergruppen, die unter Gefahr für Leben und Gesundheit arbeiten) werden vor einem Vierteljahr nicht abgeschlossen sein. Das Gutachten des Reichswirtschaftsrates über das vorläufige Verzeichnis der in Betracht kommenden Arbeitergruppen und Gewerbebezüge soll, wenn es gut geht, höchstens in zwei Monaten fertiggestellt sein, weil die dazu vorliegenden Anträge der Arbeitgeber und -nehmer miterledigt und Betriebsbeschäftigungen vorgenommen werden müssen.

Nach der Auffassung des Reichsarbeitsministeriums steht einer schnellen Neuregelung der Arbeitszeit die ungünstige Wirtschaftslage im Wege. Ein Eingriff in die Arbeitszeitfrage würde jetzt nur zu neuen Stilllegungen führen. Sollten die Auswirkungen der Londoner Konferenz zu keiner Lösung der Wirtschaftskrise führen, dann bestünde wenig Hoffnung, daß die Neuregelung schon in Verbindung mit den ablaufenden Ueberarbeitszeitabkommen (in der Großhändlerindustrie am 31. Oktober) vorgenommen werden können.

Es ist einfach unerträglich, daß eine so wichtige Frage, bei der es sich eingestandenmaßen um Leben und Gesundheit großer Arbeitergruppen handelt, nicht schneller erledigt wird.

Wenn es sich um eine Schutzkloppanlage handelt, hat man es verdammt eilig und wartet nicht erst die wirtschaftlichen Auswirkungen der Londoner Konferenz ab. Beim Abbau des Achtstundentages ging es auch schneller.

## Der Generalstreik in Oberschlesien.

Hindenburg, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der in Ostschlesien von der Bergarbeiterchaft beschlossene Generalstreik hat am Mittwoch vormittag, entgegen allen Erwartungen, unter stärkster Beteiligung der Arbeiterchaft eingeleitet. Sämtliche Werke liegen still. Die Forderungen der Bergarbeiter betreffen die Aufrechterhaltung des bisherigen Stundenlohnes, Beibehaltung des Kohlendepots in seiner bisherigen Höhe, Zurückziehung der Verordnung über den Zehnstundentag, Ausdehnung des Gesetzes über die Urlaubsregelung für die Arbeiter auf die schlesische Wojewodschaft und Aufrechterhaltung des Achtstundentages für die Arbeiter an den Hochöfen und in den Walzwerken.

Die Angestellten des Bergbaues haben sich dem Streik bisher nicht angeschlossen, aber sie üben insofern Solidarität, als sie die Verrichtung von Notstandsarbeiten bisher nicht vornahmen, während teilweise die Beamten sich hierzu bereit erklärten. Das Ergebnis der Abstimmung, die inzwischen innerhalb der Angestelltenchaft vorgenommen wurde, lag am Mittwochabend noch nicht vor. Es dürfte jedoch am Donnerstag bekannt werden. Da die polnische Regierung eine Ausdehnung des Streiks in aller Kürze erwartet, bemüht sie sich eifrig, den Streik beizulegen. Bisher waren diese Bemühungen erfolglos.

Ratibor, 30. Juli. (R.A.) Infolge des Generalstreiks in Ostschlesien ist die Stadt Ratibor, die mit elektrischer Kraft von der Grubenbahn bei Rybnik gespeist wird, von der Stromzuführung abgeschnitten. Mit Ausnahme der Firmen, die eigene Kraftanlagen besitzen, sind sämtliche Unternehmungen stillgelegt. Auch die hiesigen Tageszeitungen können ebenfalls heute nicht erscheinen. Die Straßenbeleuchtung ist ebenfalls gestört.

Besonders unterstrichen muß die Forderung werden auf Ausdehnung auf Polnisch-Oberschlesien des polnischen Gesetzes über die Urlaubszeit der Arbeiter. Bekanntlich hat sich die polnische Regierung verpflichtet, für 15 Jahre die sozialpolitischen Gesetze Deutschlands in dem abgetrennten Teil Oberschlesiens durchzuführen. Die Arbeiter von Polnisch-Oberschlesien sollen die Errungenschaften der deutschen Sozialpolitik weiter genießen. Nun ist in Deutschland unter der Regierung Brauns die Sozialpolitik abgebaut worden, daß die Arbeiter von Polnisch-Oberschlesien in den Generalstreik treten, weil man ihnen auch diesen Abbau aufzwingen will. Sie wollen es jetzt wenigstens so gut haben wie die polnischen Arbeiter. Das allein schon zeigt, wie weit es in Deutschland gekommen ist.

## Abwehrstreik bei Israel.

Im Frühjahr war zwischen dem Metallarbeiterverband und dem Verband Berliner Metallindustrieller ein Abkommen geschlossen worden, nach welchem von den Metallrüdern erst dann eine längere Arbeitszeit als die achtstündige verlangt werden konnte, wenn alle Plätze in den einzelnen Betrieben besetzt sind. Bei der Firma Israel, in der Brieger Straße, einem großen Betrieb der Beleuchtungsbranche, wurden seither von den Drüdern neun Stunden gearbeitet. Als in der Schwesterfabrik Frister, in Oberschöneweide, für die Drüder plötzlich die Arbeitszeit auf sechs Stunden verkürzt wurde, verlangten die Drüder, daß ihre Kollegen bei Israel zur normalen Arbeitszeit von acht Stunden zurückkehren sollten oder auch bei Frister mindestens acht Stunden gearbeitet werde.

Die Drüder bei Israel stellten ein diesbezügliches Verlangen an die Betriebsleitung; Herr Direktor Bäder lehnte aber kurzerhand ein Eingehen auf diese Forderungen ab und verkürzte für den gesamten Betrieb die Arbeitszeit auf 16 Stunden in der Woche. Die Belegschaft nahm zu dieser Anordnung in einer Betriebsversammlung Stellung. Sie war ebenso wie der anwesende Betriebsvertreter der Ueberzeugung, daß es sich um eine Strafmaßnahme des Herrn Bäder handle und beschloß, die Arbeit unter diesen Bedingungen am vergangenen Montag nicht wieder aufzunehmen. Durch die diktatorischen Maßnahmen, die sich die Arbeiterchaft unter keinen Umständen gefallen lassen konnte, sind ungefähr 400 Arbeiter der verschiedensten Berufe in den Abwehrkampf gedrängt.

In einer Versammlung der Streikenden wurde gestern mittag mitgeteilt, daß die Betriebsleitung zur Betriebsvertretung gedrängt hat, die Firma hätte die feste Pflicht, ohne die alte Belegschaft den Betrieb weiter zu führen. Die Betriebsleitung glaubt, etwa 100 Arbeiter auf den Nachweifen und anderswo zusammenzubekommen, um mit diesen die Fabrikation wieder aufzunehmen. Die Streikenden erjuden alle in Frage kommenden Metallarbeiter um strengste Solidarität.

## Abwehrkampf in der Motorradfabrik „Orionette“.

Da in letzter Zeit die Motorräder zu stark herabgesetzt Preisen angeboten werden, mußte die Firma „Orionette“ dieser Preisermittlung folgen. Da das aber mit den Profitabsichten der Direktion schlecht vereinbar war, suchte sie an einer anderen Stelle die Verluste auszugleichen. Die Firma überließ geistlich, daß andere Fabriken ihre Fabrikation auf anderen technischen Grundlagen aufbauten; sie nahm nun das für sie einfachste und wollte die Löhne der Arbeiter stark reduzieren. Die Betriebsleitung verhandelte mit der Betriebsvertretung und die Belegschaft war mit einem Abzug von 6 Proz. einverstanden. Zwischen durch benutzte die Betriebsleitung eine vorübergehende Geschäftskaute, um einen großen Teil der Belegschaft abzubauen.

Vor einigen Tagen wurde an den Betriebsrat wiederum das Ansuchen gestellt, für einen nochmaligen Abzug von 20 Prozent bei der Arbeiterchaft Stimmung zu machen. Die Arbeiter lehnten das aber ab, worauf die Schließung des Betriebes angedroht wurde. Obwohl die Firma einen sehr guten Auftragsbestand hat, erließ sie, ohne dem Betriebsrat Mitteilung zu machen, am Montagabend folgenden Anschlag, der schon seines Stiles wegen bemerkenswert ist: „Das jetzige Arbeitsverhältnis hat am Mittwoch, den 30. d. M., wie bereits dem Betriebsrat am 19. 7. angekündigt, sein Ende erreicht.“

Eine Wiederaufnahme des Betriebes im jetzigen oder ähnlichen Umfange, falls möglich mit 55stündiger Arbeitszeit, ist in Aussicht genommen bei 20prozentiger Lohnreduzierung. Diejenigen Leute der Belegschaft, welche mitmachen wollen, mögen dieses am Mittwoch ihren Meistern mitteilen.“

Von der Belegschaft wollte niemand unter solchen Bedingungen „mitmachen“; es wurde vielmehr beschlossen, am Mittwoch die Betriebsleitung und die Direktion allein machen zu lassen. Wie uns von den Ausgesparten mitgeteilt wird, hätte die Firma sehr gut ihre Produktionskosten verringern können, ohne den Arbeitern einen Pfennig vom Lohn abzuziehen. Die Herstellung der Motorräder geschieht bei der „Orionette“ in durchaus krautermäßiger Weise. Wenn die Firma überhaupt in der Lage war, brauchbare Räder auf den Markt zu bringen, gehörte der Arbeiterchaft das Verdienst daran. Alle Verbesserungen sind von der erfahrenen Arbeiterchaft selbst herausgefunden worden; die Firma konnte sich nie dazu verstehen, den Betrieb nach den Vorschlägen der Arbeiter technisch zu reorganisieren. Jetzt, wo die rationeller fabrizierende Konkurrenz ihre Ware billiger anbietet, greift die Firma „Orionette“ zum dümmsten Mittel, nämlich zur Lohnreduzierung.

Den Entlassenen ist schriftlich mitgeteilt worden, daß Neueinstellungen beabsichtigt seien. Geiern konnten von den Ausgesparten etwa 15 Mann, die vom Nachweis kamen, abgefangen werden. Ihnen wurde 81 Pfennig Stundenlohn versprochen, das ist soviel, als die alten Arbeiter bis jetzt erhalten haben. Die 15 Mann verzichteten aber darauf, ihren Kollegen in den Rücken zu fallen. Die Belegschaft ersucht, alle Arbeitsangebote der Firma zurückzuweisen.

## Nicht 50 Mark, sondern 50 Prozent.

In der Meldung über die von Thyssen in Rühlheim (Ruhr) zum 1. September ausgeprochene Kündigung sämtlicher Beamter, mit dem Inlay, sie bei Kurzarbeit weiter zu beschäftigen, wenn sie mit einem Lohnabzug von 50 Mark einverstanden sind, hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Der Lohnabzug soll nicht 50 Mark, sondern 50 Prozent betragen. Die Firma Thyssen war immer großzügig gewesen.

## Zahlung der beruflichen Schulzeit.

Bochum, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Deutsche Bergarbeiterverband hatte an den Zeichenverband eine Eingabe gerichtet, worin die Bezahlung der in die Schichtzeit fallenden Schulstunden der Bergarbeiter, die die Berufsschulen besuchen, gefordert wurde. Diefem Ersuchen ist nun entsprochen worden. Das Oberbergamt in Dortmund hat dem Bergarbeiterverband mitgeteilt, daß der Zeichenverband sich entschlossen habe, seinen Mitgliedern zu empfehlen, die ausfallenden Arbeitsstunden nicht mehr vom Lohn zu kürzen. Diese Regelung soll rückwirkend ab 1. Juli gelten. Wo dies nicht geschieht, sollen sich die Schüler an den Betriebsrat bzw. ihre Organisation wenden.

## Vom Zusammenbruch der Kommunisten.

Am Sonntag fanden in Barmen die Wahlen der Delegierten zur Generalversammlung der Filiale des Deutschen Zettlarbeiterverbandes statt. Der Wahlausfall bedeutet eine weitere empfindliche Niederlage der Kommunisten, die dort in der letzten Zeit den Zettlarbeiterverband fast vollständig beherrschten. Die Delegierten zum Verbandstag im April wurden ausschließlich von den Kommunisten gestellt. Diesmal erhielt bei einer Wahlbeteiligung von 25 Proz. die Antistädter Richtung 849 Stimmen, die Liste der Kommunisten, die als „Opposition“ auftrat, brachte es dagegen nur auf 331 Stimmen. Die Generalversammlung der Filiale Barmen wird nunmehr von 75 Vertretern der Antistädter Gewerkschaftsrichtung und von 39 oppositionellen Kommunisten besetzt werden.

Die „Rote Fahne“ ist unzufrieden. Sie kritisiert, daß wir die Nachricht veröffentlichten über die Niederlage, die sich die Kommunisten bei den Wahlen zur Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Düsseldorf holten. Sie knüpft daran einen langen Schmutz über die geringe Wahlbeteiligung und den Rückgang der Mitgliederzahl in Düsseldorf. Das Blatt vergißt nur die Tatsache zu erwähnen, daß die Ortsverwaltung seit zwei Jahren von Kommunisten besetzt war.

Wahltag, Kupferschmiede, heute, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, im Saal I des Gewerkschaftshauses wichtige Mitgliederversammlung. Das Erscheinen jedes Kollegen ist unbedingt erforderlich. Die Ortsverwaltung. Zettlarbeiterverband der Angestellten, Freitag, abends 8 Uhr, Betriebsraterversammlung, Schöndorfer, Götterstraße 1, Restaurant zum Goien. — Freitag, abends 8 Uhr, Betriebsraterversammlung, Lichtberg, Annerdenstraße 1, „Lügen-Bohne“. Bergarbeiterbund, Fachgruppe der Kupfer, Sonntag, vormittags 10 Uhr, Versammlung in den Reibens-Kellern, Sandberger Straße 11. Bericht über die Lohn- und Tarifverhandlungen. Wahl der Delegierten zum Fachgruppenrat. Mitgliederbuch kontrolliert. Arbeitslose Kollegen haben die Kontrollkarte mit vorzulegen. Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. Die Fachgruppenleitung.

Better für Berlin und Umgegend. Nur vorübergehend stärker bewölkt, bei schwacher Südwestwind. In den Tagesstunden warm.

Verantwortlich: Hr. Wolff: Staff Meister; Wirtschaft: Hr. Estmann; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Freiwirtschaft: A. B. Böcher; Sozialer und Sozialer: Erik Rastbach; Anzeigen: Th. Bader; sämtlich in Berlin. Berlin: Nordwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin, Brandt; Nordwärts-Berlinmarkt und Betriebsrat; Beruf Singer u. Co., Berlin S.W., 62, Lindenstraße 2. Hierzu zwei Beilagen und Unterhaltungsbeilage „Juwelt“.

# Ultime

zum **wieder 3** besonders billige Tage

19 JULI 23

## 31

Donnerstag

M. W. 4.4

Ein Posten

Herren-Socken

moderne Farben, gute Qualität

45 Pl.

Mädchen-Spangenschuhe

gute Ausführung, ganz besonders billig

31.95	27.90	25.28	2 <sup>50</sup>
4.50	3.90	3.10	

Haus- u. Reiseschuhe

entsprechende Stoffmassen, große Pompons 34/42

1<sup>15</sup>

Braune Halbschuhe

für Damen, in Boncall, moderne optische Form, eleganter Absatz

7<sup>50</sup>

Damen-Halbschuhe

hellbeige, halbrunde Form, vorzügliche Qualität, besonders vorteilhaft

5<sup>90</sup>

Herrn-Schnürstiefel

R-Box, bequeme Form, solides Material, äußerst preiswert

6<sup>50</sup>

Braune Herren-Stiefel

R-Box, halbrunde Form

10<sup>80</sup>

# renstein

Jachimsdoler Strasse 6    Belle-Alliancestrasse 104  
 Wilmersdorfer Strasse 57    Andreestrasse 53, 59  
 Leipziger Strasse 91 (Hol)    Königsberger Strasse 8  
 Turmstrasse 58    Frankfurter Allee 98  
 Brunnenstrasse 18, Ecke Volkmannstrasse

# Zänkereien und Stänkereien.

## Ein Vormittag auf dem Mietergericht.

Der schmale Amtsgerichts-Korridor ist vor Eröffnung der Verhandlung überfüllt wie in Moabit bei einer „großen Sache“. Wohl an hundert Personen, Parteien und Rechtsvertreter, drängen sich vor dem noch verschlossenen Tür. Ein einziger Terminzettel reicht nicht aus, gleich zwei baumeln am Nagel des schwarzen Brettes, der für so manchen Beklagten ein Sargnagel wird, nebeneinander. Vorsorglich ist für das Rechtsgemeindegewalt einer der Schöffengerichtssäle gewählt. Trotzdem gehen bei weitem nicht alle Geladenen hinein. Warum hat man sämtliche Parteien für die gleiche Stunde bestellt? Die letzten können sicher drei Stunden warten, bis sie an die Reihe kommen. Wer das Talent hat, sich vorzuschleichen, rettet eine halbe oder ganze Stunde. Des Richters Auge ruht über die schwache Hundertschaft: „Ich muß um Ruhe bitten, meine Herrschaften...“ Ach ja, er hat nicht so unrecht, der geplagte Richter, man kann kriechend werden, wenn an einem Vormittag vierzig oder noch mehr Prozesse erledigt werden sollen. Mit beschämender Deutlichkeit empfindet man es hier, wie viel Schmerzen sich oft gerade die Menschen selber zufügen, die eigentlich das größte Interesse daran haben müßten, durch freundschaftliches Zusammenhalten ihre allgemeine Lage zu bessern. So aber zerreiben sie ihre Nerven und ihre Kräfte, oft genug um Bagatellen.

### Mensch und Tier nervös.

Beklagte, fast das ganze Haus ist auf Sie wütend. Sie sollen sich ewig mit den Kindern herumgekracht und die Kinder und deren Eltern müßig beschimpft haben. Geben Sie das zu? — Die Sache liegt anders, Herr Richter. Ich bin sehr nervös. Die Kinder haben, obwohl es ihnen vom Verwalter verboten war, auf dem Hofe und auf den Treppen einen fürchterlichen Bärm gemacht. Je mehr ich schimpfte, desto mehr Schabernack haben sie mir gespielt. Es war nicht mehr zu ertragen. — Na ja doch, alle Kinder machen dumme Streiche und sind heutzutage besonders schwer zu regieren, aber deshalb braucht man doch nicht mit so unflätigen Redensarten um sich zu werfen. Glauben Sie, daß die Kinder davon etwas Gutes lernen? Mit Güte und Ruhe erreicht man doch viel mehr. Man soll nicht immer nur verbieten und gleich schimpfen, sondern den Kindern liebvoll auseinandersetzen, weshalb sie dies oder jenes lieber nicht machen sollen. Dann hören sie gewöhnlich. Wir Erwachsenen waren doch in unserer Jugend auch oft recht ungezogen und sind anderen Leuten auf die Nerven gefallen. — Die Beklagte, ein älteres Fräulein, bricht in hysterisches Schluchzen aus. In der Beweisaufnahme wird festgestellt, daß auch die Gegenpartei es an übelsten Schimpfwörtern nicht hat fehlen lassen und die Kinder in ganz unangebrachter Erziehungsweise gegen die nerventränke Beklagte noch scharf machte. Die Räumungsfrage wird deshalb abgewiesen. Das Gericht gibt aber beiden Parteien den guten Rat mit auf den Weg, den Hausfrieden nicht mehr in so unschöner Weise zu stören.

Die zweite Verhandlung richtet sich gegen den Besitzer eines „nervösen“ Hundes: Sie wollen den Hund also nicht abschaffen? — Nein! Haben Sie einen Hund, Herr Amtsgerichtsrat? Haben Sie nicht einen gehabt? Wissen Sie, wie unsterklich so ein Tier ans Herz erwachsen ist? — Na ja, ich bin auch ein Tierfreund und verleihe Ihre Gefühle, aber es geht doch nicht auf die Dauer, daß Ihr Hund die Leute anspringt, die Treppe beschmutzt und stundenlang, wenn Sie nicht zu Hause sind, heult. Die Jungen sind ja hier, um es zu beschwören. Da hat der Vermieter die Pflicht, die belästigten Mieter zu schützen, und das Recht, gegen Sie auf Aufhebung des Mietverhältnisses zu klagen. — Herr Gerichtsrat, das Gesetz spricht nur von Personen, die belästigen. Mein Hund ist doch keine Person. — Stimmen Sie uns doch nicht mit solchen törichten Quengeleien. Sie sind verantwortlich dafür, wenn der Hund die Ordnung und die Ruhe des Hauses stört. Auf ein Tier kann man doch nicht noch mehr Rücksicht nehmen als auf Menschen, die noch harter Arbeit schlafen wollen. Also bitte, erklären Sie sich kurz und bündig. — Der Hundebesitzer erklärt nun, er möchte den Hund behalten, wolle aber bestimmt dafür sorgen, daß niemand mehr sich belästigt fühle. Der Kläger ist damit einverstanden, wenn eine Bewährungsfrist von drei Monaten bewilligt wird. Führt sich der Kläger bis dahin anständig auf, so soll die Klage erledigt sein. Das Publikum lacht. Das Gericht schießt die Sache in die Ferne.

# Die Rebellion.

Roman von Joseph Roth.

Andreas kann, je nach seiner Stimmung, die Kurbel so schnell drehen, daß der Walzer flott und kriegerisch wird, wie ein Marsch. Denn er selbst hat manchmal ein Bedürfnis nach einer Marschmelodie, besonders an kühlen und trüben Tagen, wenn sich der Regen durch Schmerzen in der Gegend des amputierten Beins ankündigt. Das längst begrabene Bein tut ihm weh. Die Stelle am Knie, an der es abgefaßt wurde, läuft blau an. Das Kissen in der Kniehöhle der hölzernen Krücke ist nicht mehr weich genug. Es ist mit Koffhaaren gefüllt und schon durchgetreten. Es müßte mit Daunen gefüllt sein, oder mit Fell. An solchen Tagen muß Andreas einige Taschentücher in die Kniehöhle der Krücke legen. Sie sind kein vollwertiger Ersatz.

Die Schmerzen verschwanden sobald der Regen kam. An Regentagen aber konnte Andreas nicht viel verdienen. Das Wachstum, einst glänzend, hart und wasserdicht, war an einzelnen Stellen gesprungen, Risse durchzogen seine Fläche und bildeten eine Art Landkarte. Gelang es dem Regen, was Gott bis jetzt verhütet hatte, durch die Hülle in das edle Holz und durch dieses in das Innere des Instruments zu dringen, so waren die Walzen verloren.

Andreas stand, wenn es regnete, stundenlang in einem jener freundlichen Hausflure, in denen das Betteln und Hausfluren nicht verboten war, in denen kein scharfer Hund wachte und kein knurriger Hausbesorger oder gar dessen Frau die Heiligkeit des Hauseinganges hüteten. Denn mit dem weiblichen Geschlecht hatte Andreas unangenehme Erfahrungen gemacht. Sie hinderten ihn nicht, von der grausamen Süße einer vorläufig noch ganz unbestimmten Frauenhand zu träumen, in dem ihn der unerwartete Verdienstentgang enttäuschte. Abenteurer dieser Art bestand Andreas oft. Es waren seine einzigen Erlebnisse. Sie beschäftigten seine Nächte, schufen ihm

### Unfriede in der Familie.

Der Kläger... ein blutjunges Mensch, die Beklagte... fast noch ein Kind. Eheleute, einstmal. Und schon geschieden. Ein Drama zu dem Wort: Wenn Kinder heiraten... — Sie wollten also Ihre geschiedene Ehefrau aus der noch gemeinsamen Wohnung heraus haben? Das geht hundert geschiedener Ehepaare so. Wohin soll denn die Frau? Sie hat den Mietvertrag mitunterzeichnet und hat daher das gleiche Recht an der Wohnung wie Sie. — Meine ehemalige Frau bringt fast jeden Abend einen anderen Kerl mit in die Wohnung. Das brauche ich nicht zu dulden. — Die Frau: „Ru' sieh' doch an! Jetzt mimt er den Moralischen. Während der Ehe hat er auf der Bärenhaut gelegen. Da war es ihm ganz recht, wenn ich Männer mitbrachte. Noch heute ziehe ich aus, wenn ich eine andere Wohnung bekomme. — Frauen im Juhdrerraum: Diese halben Kinder! Ob's wahr ist, was da so ungeniert ausgeplaudert wird? — Das Gericht verortet, will Beweise für die schweren gegenseitigen Beschuldigungen.

Ein zweiter Fall: Schwiegerohn gegen Schwiegervater. Geheimer ist Untermieter beim Schwiegerohn, 81 Jahre alt und hochgradig senil. Er ließ monatlang niemanden in sein Zimmer hinein, aus dem schließlich ein so elchastischer Geruch drang, daß Bekannte, die den Schwiegerohn besuchten, sich erbrechen mußten. Auf die Tochter soll der Alte wiederholt mit dem Beil losgegangen sein. Den Schwiegerohn hat er mehrfach wegen angeblichen Diebstahls denunziert. Die Kriminalpolizei hat festgestellt, daß alle Anzeigen des Alten auf Greifenwahn beruhen. Nein, gutwillig geht der Alte nicht, auch nicht in eine öffentliche Altersversorgungsanstalt, wohin er schon längst gehört. Das wäre für ihn und seine gepeinigten Umgebung eine Wohltat. Er ist selbst nach dem Gericht getragelt und bestreitet alles, mit dem fränkischen Eigensinn des hohen Alters. Armer Alter, arme Angehörige! Es gibt Dinge, die auch Blutsverwandtschaft nicht überbrückt. Das Gericht ordnet Beweisaufnahme an. Die Erziehung wird hoffentlich ein Stübchen im Altersheim sein.

So geht es Tag für Tag. Zum Teil erschreckende Bilder aus dem Großstadtleben rollen sich auf. Eigentlich nichts Neues unter der Sonne. Schon in Friedenszeiten ließ man die häßlichsten Leidenschaften Speikrüten laufen vor dem Kadi. Nur die Fülle des Reides, des Hasses, der Rißgunst, des Unrechts ist etwas Neues, ist herausgewachsen aus unserer Vammergeit, wird dem Mietergericht in aller Öffentlichkeit wie dreißig auseinanderlaufender Schmutz auf den Präsentierteller gelegt. Wäre doch die gräßliche Wohnungsnot, die so viele Menschen zum Zusammenleben wider Willen verurteilt, erst zu Ende...

### Blühende Fenster.

In diesen Zeiten soll dafür eingetreten werden, eine schöne Institution, wie sie kurz vor dem Krieg nach belgischem Muster in Berlin eingeführt war, wieder aufleben zu lassen, eine Einrichtung, die Freude bereitet und außerdem noch die gerade heute unschätzbare Eigenschaft besitzt, der Stadt Berlin, oder wem immer, der sich damit beschäftigt, kein Geld zu kosten. Gemeint ist die Prämierung der blühenden Fenster, das Aussehen und Verleihen eines Preises für denjenigen, dessen Balkon oder Fenster den schönsten Blumenschmuck zeigt. Es ist nichts Zufälliges, daß man gerade in Belgien, dem Land der vielen Hochöfen, Kaminen und Gruben, mit der zahlreichen Arbeiterschaft, die unter einem ewig schwarz-grauen, von Ruß, Rauch und Staub verhängtem Himmel lebt, die nichts weiß von der Frische der Felder und Wälder, die Sitte eingeführt hat, denjenigen auszuzeichnen, der mit ganz besonderer Liebe seine Blumen gepflegt hat. Blumen und Pflanzen überhaupt beruhigen überreizte Nerven und abgepannte Menschen, sie lenken ab von der Fron des Alltags und leiten über zu anderen, besseren und sichereren Gedanken. Die Arbeiterschaft Belgiens weiß ja nichts von längerem Urlaub, Kurorten und Erholen, für große Gärten und blühende Geseide lassen die Kohlenfelder keinen Raum, und so bleibt als einziger Trost für die müden Augen, als einzige Erholung und Ablenkung der Blumenflor auf dem Balkon oder am Fenster. Um die Arbeiter

nach besonders zur Blumenliebe und Blumenpflege anzuspornen, hat man in Belgien unter dem Namen „concours des fenêtres fleuries“ Preise gestiftet für den am schönsten geschmückten Balkon. Der Name des Preisgekrönten wird veröffentlicht, er erhält neue, schöne Blumen oder Samen für den Balkon, und es entwickelt sich im Anschluß an die kleine feierliche Zeremonie, die gewiß, wie man sieht, kein Geld kostet, so etwas wie ein Volksfest. Daß Blumen- und Gartenpflege im übrigen gewissermaßen erzieherische Wirkung haben, veredelnd und die Keßtheit des Einzelnen verbessernd wirken können, weiß zum Beispiel auch die Eisenbahnverwaltung, die den Beamten mit dem nervenserrüttenden Dienst auf den Stellwerken kleine Parzellen Land neben dem Stellwerk zur Verfügung stellt, auf denen sie zu ihrer Erholung und Erheiterung Blumen pflanzen und pflegen sollen.

In Berlin hatte man kurz vor dem Kriege, wie bereits erwähnt, die belgische Sitte ebenfalls eingeführt und sich viel Freunde damit erworben. Dann kam der Krieg und zerstörte auch dieses Liebeswerk. In Berlin liegen nun gewiß die Verhältnisse nicht so froh, so grausam und erbarmungslos, wie in belgischen Fabrikslädien. Der Berliner hat große Parks zur Verfügung, viele haben Laubengänge, und auch an der Peripherie der Stadt sind die Straßen breit und luftig. Und doch! Man beachte einmal die Berliner Balkons und ihren Schmutz in den verschiedensten Stadtteilen. Gewiß sieht man im Westen und in den vornehmen Vierteln Balkons mit unerhörter Blumenpracht. Aber man erkennt hier bald, daß dieses Proletentum lediglich angelegt und vom bezahlten Gärtner unterhalten wird, weil es viel Geld kostet. Der Wohnungsinhaber ist mit der Seele nicht dabei, und die Gnädige gleicht höchstens mit spitzen Fingern die Blumen, wenn sie es nicht vorzieht, auch diese Arbeit dem Gärtner oder dem Stubenmädchen zu überlassen. Aber in den Arbeitervierteln, in den Gegenden, wo der „keine Mann“ wohnt, der keine andere Erholung kennt, da findet man die schönsten und am lieblichsten gepflegten Balkons. Daneben und dazwischen jedoch sieht man verwahrloste Balkons, und die Menschen, die hier wohnen, sind so verzweifelt und müde am Leben, daß sie auch an dieser ablenkenden Beschäftigung keine Lust mehr haben.

### Fahndungen nach dem Frauenmörder.

#### Ein interessanter Brieffund.

Zu dem Frauenmord in der Leibnizstraße wird mitgeteilt, daß der Polizeioberwachmeister Gustav Rebsdat noch nicht ergriffen ist. In der Wohnung seiner ermordeten Stiefschwester Frau Julie Köster fand man einige Tage nach der Entdeckung des Verbrechens noch einen merkwürdigen Brief.

Der Brief war an Frau Köster gerichtet und enthielt Beldungen, die auf eine Liebschaft schließen lassen. Die Anschrift war von einer anderen Hand als der Brief selbst. Der Umschlag trug den Bahnpoststempel Berlin-Hannover, als ob der Brief in Berlin aufgegeben worden wäre. Um über dieses seltsame Schreiben und auch über die Persönlichkeit des flüchtigen Rebsdat volle Klarheit zu schaffen, wurde Kriminalkommissar Geißel nach Hannover entsandt. Die Feststellungen dort ergaben, daß Rebsdat am 30. Juni d. J. aus der Schutzpolizei ausgeschieden ist. Erst nachträglich entdeckte man, daß er Unterschlagungen verübt hat. Rebsdat war schon in Hannover ein richtiger Schürzenjäger und brauchte stets Geld. Als er nach Berlin sah, beauftragte er ein Mädchen, ihm nach der Leibnizstraße 10 zu schreiben, aber nicht an seinen Namen, sondern an den der Frau Köster. Er werde, wie er sagte, die Briefe auch so erhalten. Dieses Verfahren begründete er mit einem geheimen Auftrag, den er ja auch seiner Stiefschwester vorzuwenden konnte. Mit Rücksicht auf dieses vermeintliche Geheimnis schrieb das Mädchen auch nicht selbst den Brief, sondern ließ ihn von einer Freundin schreiben. Nur die Anschrift schrieb es selbst auf den Umschlag. Den Brief steckte es dann auf dem Bahnsteig in Hannover in einen Kasten. Er wurde dann irrtümlich Berlin-Hannover statt Hannover-Berlin gestempelt. Die Beamten der Nordkommission und der Streifenkommission der Kriminalpolizei sind jetzt für neue umfassende Fahndungen mit dem neuesten Bild des gesuchten Mörders versehen.

Selbstmordversuch mit einer Krawatte. Der 33 Jahre alte Schneider Jakob C. versuchte sich mit einem Selbstbinder in seiner Wohnung in der Proskauer Straße zu erdrosseln. Als man ihn auffand, lag er mit dem festgeschürzten Selbstbinder um den Hals bestimmungslos am Fußboden. Er konnte gerettet werden. Beweggrund ist Arbeitslosigkeit.

Traumbilder von wehrhaften Frauen, und die Gedanken an sie begleiteten, wie ein malerischer Text, die seriösen unter den Melodien seines Leierkastens. Es kam so, daß er sein Instrument nicht wie ein mechanisches und sein Spiel als ein Virtuosenstück betrachtete. Denn die Sehnsucht, die Bangigkeit, die Trauer seiner Seele legte er in die Hand, welche die Kurbel drehte und er glaubte, nach Wunsch und Stimmung, stärker und leiser, gefühlvoller oder kriegerischer spielen zu können. Er begann sein Instrument zu lieben, mit dem er eine Zwiesprache hielt, die nur er selbst verstand. Andreas Bum war ein echter Russtent.

Wollte er sich zerstreuen, so betrachtete er die bunte Malerei auf der Rückwand des Leierkastens. Das Bild stellte die Szenerie eines Puppentheaters dar und einen Teil eines Stehparketts. Blonde und schwarze Kinder spähten in die Richtung der Bühne, auf der sich spannende Ereignisse vollzogen. Eine grau- und wirrhaarige Hege hielt eine Zauberstabgabel in der Hand. Vor ihr standen zwei Kinder, auf deren Köpfe Gemeiße wuchsen. Ueber den Kindern weidete eine Hirschkub. Es war kein Zweifel, daß dieses Bild eine Verzauberung menschlicher Wesen durch ein böses Weib darstellen sollte. Andreas hatte niemals an die Möglichkeit solcher Ereignisse in der wirklichen Welt gedacht. Weil er aber das Bildnis häufig betrachtete, wurde es ihm vertraut und glaubhaft, wie irgendeiner anderer täglich genossener Anblick. Es war fast nichts mehr Märchenhaftes an solch einer Verzauberung. Wunderbarer, als der Vorgang selbst, waren die bunten Farben, in denen er dargestellt erschien. Andreas' Augen tranken die süße Sättigkeit dieser Farben und es berauschte sich seine Seele an der klavoluen Harmonie, mit der ein blutendes Rot in ein sehnsüchtiges Orange des Abendhimmels im Hintergrund verlief.

Zeit zu solchen Betrachtungen hatte er zu Hause genug. Allerdings war sein Heim nicht eines jener Art, in dem der Mensch etwa den ganzen Tag verweilen kann. Es bestand vielmehr aus einer Bestizelle in einem, wie es Andreas vorkam, geräumigen Zimmer. In diesem schliefen außer Andreas noch ein Mädchen und ihr Freund. Sie hieß Klara und er Willi. Sie war stellvertretende Kassiererin in einem kleinen Kaffeehaus und er ein arbeitsloser Metalldreher. Willi arbeitete nur einmal in der Woche und auch dann nicht in seinem Beruf. Er führte einen Handwagen durch die Straßen, um Zeitungspapier einzukaufen. Am Abend brachte er seine Waren dem Althändler. Von jedem Pfund erhielt Willi ein Drittel.

Denn auch das geringe Betriebskapital ließ ihm der Althändler. Es war klar, daß Willi von seinen Einnahmen nicht leben konnte. Er lebte von Klara. Sie hatte Nebenverdienste. Er war eifersüchtig. Aber in der Nacht, wenn sie sich beide unter der dünnen Decke befanden, suchte er zu vergessen, wovon er lebte und es gelang ihm. Am nächsten Morgen blieb er liegen, wenn Klara und Andreas längst aufgestanden waren. Er blieb den ganzen Tag zu Hause und ließ Andreas nicht vor dem Anbruch der Nacht ins Zimmer. Das begründete er immer mit dem Wort: Ordnung muß sein! Denn er war weit davon entfernt, Andreas, den Krüppel, etwa zu hassen. Er liebte die Ordnung. Andreas Bum hatte eine Schlafstelle, aber keine Wohnung. Es ist so in der Welt eingerichtet, daß jeder nur das genießen darf, was er bezahlen kann.

Auch Andreas war mit dieser Ordnung zufrieden und kam pünktlich nach Anbruch der Dämmerung. Er trachte Tee auf einer Spiritusmaschine. Willi trant den in einem Wasserglas verdünnten Spiritus, Andreas den Tee. Er aß dazu ein Brot. Willi lieferte manchmal die Würst. Denn es ereignete sich nicht selten, daß Willi, wenn er an unangenehmen Tagen einen Spaziergang unternahm, sich vor das Delikatessenhaus begab, an dessen Tür die prallen Würste wie Gebenke an einem Ragnel hingen. Mehr aus Uebermut, als aus Lust am Diebstahl schnitt Willi dann zwei oder drei Würste ab. Ihn lockten Gefahren und Freude an der eigenen Geschicklichkeit. Man hätte es außerdem als Sünde bezeichnen können, wenn er das Angebot des Schicksals ausgeschlagen hätte. Andreas ahnte etwas von der Herkunft dieser Würste. Einmal fragte er, woher sie stammten. „Oh und Schweig“, sagte Willi, „Ordnung muß sein.“

Es verstieß glücklicherweise nicht gegen die Ordnung, wenn sich Andreas, während er sein Abendessen verdaute, der Betrachtung der Malereien am Leierkasten hingab. Die unvollendete Verzauberung, welche das Bild darstellte, zwang zu Fortsetzungen. Andreas hätte gerne weiter gemalt. Er hätte auch die zwei noch in menschlicher Gestalt lebenden Kinder in Hirschkühe verwandelt, oder in andere Tiere. Es ergaben sich viele Möglichkeiten. Konnte man Kinder nicht in Ratten verwandeln? Huh! Ratten! Oder in Katzen; in junge Löwen; in kleine niedliche Krotzoblie; in Eidechsen; in Bienen; in Vögel — Arit! In Vögel! Ein guter Maler, der mit Pinsel und Farben unzugehen verstand, könnte das Bild fortsetzen.

(Fortsetzung folgt.)

## Die Untergrund-Langsambahn.

Es ist genau 6.10 Uhr abends, und man steht auf dem Untergrundbahnhof Potsdamer Platz und wartet. Und endlich — nein, wie reizend! — kommt sie denn auch wirklich angelaufen, die Untergrundbahn, die der Berliner, präzis, wie er manchmal ist, Schnellbahn getauft hat. Und dann, nachdem ein Untergrundbahnfahrer „Abfahren!“ gerufen und ein zweiter auch „Abfahren!“ und ein dritter, stumm wie Kiste, einen Latz mit einer weißen Scheibe daran habetwillig erhoben hat, dann trabt das Schnellbahnzüge, man sollte es kaum für möglich halten, wirklich und in der Tat aus dem Bahnhof heraus. Alle Welt in dem Zug ist froh und stolz darüber, daß man Untergrundbahn fahren kann. Nach hundert Metern Fahrt blüht es irgendwo in dem dunklen Schlauch. Alle Lampen im Zug gehen aus. Warum soll eine elektrische Zugbeleuchtung auch nicht mal — Ausnahmefall! — dann blühen es wieder: die Lampen brennen. Plötzlich fährt der Motor, der noch soeben laut kläffte, an ganz leise und ganz zu winseln. Entsetzt gehen die Lampen wieder aus. Diesmal auf Dauer. Der Zug schleicht ohne Kraft auf den Schienen entlang. Die Menschen im Zug beginnen zu schwitzen, teils vor Angst, teils vor Hitze. Der Motor schweigt nun vollends (der Zug ist ganz normal besetzt), und der Zug lohnt endlich in den Bahnhof Kaiserhof ein. Da aber kriegt der Motor neue Puste, und nun geht es in gedämpftem Tempo in der Richtung Leipziger Straße weiter. Untermweg blüht es wieder einmal. Das Licht geht wieder aus. Dann ein müller Knall. Bliß (dunkel), Bliß (hell). Wieder ein Knall. Es stinkt nach Schwefel. Dünne steigen auf. Die Menschen denken: Irgendwo breicht es ganz bestimmt. Eine alte Frau betruagt sich. Ein Herr hält sein Notizbuch heraus und beginnt zu schreiben: Meine letzten Gedanken, als mir bei dem Explosionsunglück der Untergrundbahn am 30. Juli wie in einer Wauffalle eingeschlossen waren. Der Zug tritt denn doch auf den Schienen entlang, immerhin wohl etwa 80 Zentimeter in der Minute. Man muß das ehrlich anerkennen. Da... wieder ein Knall... Zweifello haben die meisten Insassen des Zuges bereits mit ihrem Leben abgeschlossen. Und es sind doch so reizende kleine Krabben darunter. Schade um das junge Blut. Dennoch aber, trotz Knall und Bliß und Höllengestank — Der Zug rückt vorwärts. Erreicht den Bahnhof Leipziger Straße mit Bliß und Rot. Der größte Teil der Insassen flüchtet. Auf dem Bahnhof milde Aufregung. Der Gegenzug rapselvoll. Will nicht von der Stelle. Endlich! Raum ist er heraus (er schleicht, er kriecht), Rosas Licht. Keine Aussicht. Man sieht auch ganz deutlich die Schlußlaternen. Da fährt der nächste Zug schon ein. Ordnung, gegenseitige Himmelstocher, verkehrte Direktoren! Verkehrssicherheit? Wer es glaubt, zahlt einen neuen Apollo-Taler. Nun wieder drüben: Alles aufsteigen! Der Zug wird leer. Trophim fährt er, wie auf Krücken, aus der Halle. Höfliche Frage an den jungen Fahrtenleiter: Warum? Was ist denn los? Der sehr junge Herr Fahrtenleiter entflucht. Er ist total aufgeregter (wie es scheint) und kopflös. Geht mit energischen Schritten hin und her. Hebt das Kapellmeisterhütchen mit der weißen Platte. Rodmalige Frage und Hinweis: Von der Presse. Antwort: (Wertwürdige Antwort!) Ich bin im Dienst und habe keine Zeit. Das Publikum steht wie dumm. Leute mit intelligenten Gesichtern stehen wie verblödet. Warum? Weil niemand da ist, der die mit Recht Beunruhigten aufklärt. Demütigt aber deswegen doch entscheidende Anträge an die höchste Direktion: Warum wird die schwerverantwortliche Stelle eines Fahrtenleiters auf dem mild bewegten Bahnhof Leipziger Straße ausgerechnet einem ganz jungen Beamten anvertraut, der offenbar noch schwer kriegsbeschädigt ist (anscheinend blind oder auf einem Auge am Sehen behindert)! Und dann, warum wird das hilflose Publikum immer wieder bei jedem derartigen Zwischenfall in Unkenntnis gelassen? Und die ganz hilf- und ratlosen Fremden! Berlin, die Fremde der Verkehrsstadt. Berlin, die Millionenstadt. Berlin, die Stadt des letzten Fortschrittes. Warum läßt man sich eigentlich nicht Schilder malen mit folgender Aufschrift: „Der Fahrgast bekommt durch den Erwerb einer Jahreskarte keine Gewähr für Bequemung! Bei Betriebsstörungen hat sich das Publikum schleunigt zu verfrümen! Anfragen deswegen an die Beamten werden als Beamteneleidigung betrachtet. Jeder Fahrgast ist für den Schaden oder den Zeitverlust, den er durch die Bahn erleidet, selbst verantwortlich.“ Erst wenn mir es so weit gebracht haben, werden wir ganz auf der Höhe sein.

## Der „Schrecken des Westens“.

### Erfolgreiche Berufung der Diebesbande Achleitl.

Der Strafprozeß gegen die berüchtigte Einbrecher- und Hehlerbande Achleitl und Genossen, der schon mehrfach die Gerichte beschäftigt hat, kam gestern endgültig zum Abschluß. In der Schöffengerichtsverhandlung vom Mai d. J. war der Einbrecher Achleitl zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Seine Hehler, der Fabrikant Röber und der Kaufmann Bransch, hatten 3, bzw. 1½ Jahre Zuchthaus erhalten. Gegen dieses Urteil hatten sowohl die Staatsanwaltschaft wie auch diese 3 Angeklagten Berufung eingelegt, während die übrigen Angeklagten sich mit den schweren Sirofen des Urteils beruhigt hatten.

Die Verhandlungen vor der großen Ferienstrafkammer des Landgerichts III begannen mit einer sensationellen Einleitung, indem der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Siegert, die diensttunenden Justizwachmeister ersuchte, die Taschen der Angeklagten auf Waffen zu untersuchen, da bei der Verhandlung vor dem Schöffengericht Charlottenburg der Angeklagte Bransch während der Beratung des Gerichts sich nach Hause begeben und dort einen Revolver eingesteckt hatte, um sich, wie er wenigstens nachher behauptete, im Falle einer Verurteilung und Verhaftung auf der Anklagebank zu erschützen. Diesmal wurden aber bei den Angeklagten keine Waffen gefunden. Achleitl war das Haupt einer weit verzweigten, vortrefflichen der größten je in Berlin aufgetretenen organisierten Einbrecherbande, die in den Jahren 1921/22 planmäßig Einbrüche in die Wohnungen des Berliner Westens verübte und mit Hilfe einer bereitstehenden eigenen Lastautoflotte die entwendeten Orientteppiche in die Hehlerkeller, in Nachteilen der Magistrate und andere ähnlich lokale abtransportierte. An dem Diebstahl- und Hehlerkonglomerat waren über 70 Personen, teils als aktive Einbrecher, teils als Hehler und in anderer Weise beteiligt. Die ganze Bande war in Gruppen gegliedert, die selbstständig vorzogen, oder bei der Verteilung der Beute untereinander in Verbindung standen. In derselben Weise wie die Einbrecher, waren auch die Hehler organisiert. Der größte Teil der Bande ist nach und nach hinter Schloß und Riegel gebracht worden. Achleitl hatte jetzt den Erfolg, daß die gegen ihn erkannte 8jährige Zuchthausstrafe auf die Hälfte ermäßigt wurde. Bei den anderen Angeklagten gegen die der Staatsanwalt eine wesentlich höhere Strafe beantragt hatte, wurden die Strafsätze des Schöffengerichts bestätigt.

### Kleberbande Straßenbahn-Schwarzfahrer.

An der Straßenbahnhaltestelle steht ein schlecht gekleideter Mann. Die Rot ist ihm anzusehen. Er paßt scharf auf, ob Fahrgäste beim Verlassen des Wagens ihren Fahrchein fortwerfen. Kaum hat sich der Bogen wieder in Bewegung gesetzt, so geht der Mann mit einiger Scheu auf den Fahrschein los, hebt ihn auf und blickt ihn sorgfältig. Diesmal war es nicht, der Schein ist schon für die Umfahrgänge gekauft. Fünf Minuten später gelingt ihm der Fund. Nun ist alle Scheu verfliegen. Im Bewußtsein, sich eine Freifahrt leisten zu können, bestiegt der Mann einen der nächsten Wagen. Unstandslos lockt der Schaffner den Schein. Solche Beobachtungen lassen sich in Groß-Berlin jeden Tag hundertfach anstellen. Oft werden absteigende Fahrgäste, die nicht umsteigen wollen, um den Fahrschein gebeten. Kürzlich war ein Schwarzfahrer so unvorsichtig, sich von einem Fahrgast den Schein geben zu lassen und mit dem unmittelbaren folgenden Wagen weiterzufahren. Der Schaffner hatte zufällig diesen Vorgang beobachtet und ließ den Schwarzfahrer an einer der

nächsten Haltestellen feststellen. Diese Schwarzfahrer, darunter auch Frauen und Kinder, sind fast durchweg in Rot, haben das Fahrgeld nicht übrig. Formell liegt natürlich Beitrug vor. Der Fahrgast, der seinen Schein weitergibt, macht sich der Beihilfe zum Beitrug schuldig. Schließlich sollte man aber angesichts der Geldnot beide Augen zudrücken, solange die Sache nicht allzu großen Umfang annimmt.

## 20000 Proz. Jahreszinsen.

### Warum ein Kreditwucherer mildernde Umstände erhält.

Ein Massenaugebot von Zeuginnen, ausschließlich aus dem Arbeiterstande, trat in einem Strafprozeß gegen den Pfandleiher Maginilian Stern aus Wien vor dem Schöffengericht Mitte in Erscheinung. Unter Tränen schilderten die Zeuginnen, wie ihre größte Notlage von dem Angeklagten ausgenutzt worden sei.

Trotzdem der Angeklagte zweifellos den Ruin vieler Kleiner und Kleinsten Existenzen auf dem Gewissen hat, gewährte ihm das Schöffengericht mildernde Umstände, weil — in der Inflationszeit die Moral allgemein stark gesunken war.

Stern betrieb in der Blumenstraße eine Pfandleihe und hatte in der Inflationszeit, in der die meisten Pfandleihen ihren Betrieb eingestellt hatten, einen sehr großen Zulauf. Eine Zeugin bekundete in leuchtenden Worten, daß nach dem Tode ihrer Ledigen die Apothekerrechnungen und Begräbniskosten alle ihre Mittel erschöpft hatten. Als sie nicht mehr aus noch ein wußte, brachte sie die Stiefel und Sonntagsgewänder ihres Mannes zu dem Pfandleiher Stern. Hier erhielt sie wenige Papiermark gegen einen Zinsfuß von 40 Proz. Die Sachen wurden ihr jedoch nur auf eine Woche beliehen. Von Woche zu Woche mußten die Zinsen bezahlt werden. In derselben Weise war es auch vielen anderen Leuten mit Stern gegangen. Der Pfandleiher hatte sich gegen die Geldentwertung dadurch geschützt, daß er von vornherein als Wertmesser den Dollarkurs in Anrechnung brachte. Konnte ein Kunde in einer Woche die Zinsen nicht bezahlen, dann wurde die Schuld verdoppelt. Auf diese Weise errechnete der Sachverständige, daß mehr als 20000 Proz. Jahreszinsen von dem Angeklagten genommen worden waren! Nach dem Umrechnungsskurs hatten die Darlehensnehmerinnen nur wenige Goldpfennige für ihre Sachen erhalten. Viele der armen Frauen haben ihre eigenen Kleidungsstücke und die ihrer Schwägerinnen noch heute einlösen können, da sie nicht einmal infamde sind, die Zinsen aufzubringen. In einigen Fällen hatte sich der Angeklagte von den Frauen sogar über die angebundenen Zinsen Bezüge ausstellen lassen, die nur über wenige Tage liefen. Staatsanwaltschaftsrat Kirchner bezeichnete den Angeklagten als einen Bampyr, der seine Opfer unter den Vermissen der Armen sich ausgeliebt habe und deren Notlage in der schamlosesten Weise ausgebeutet hätte. In der herbeigefassten Weise sei er vorgegangen und verdienende daher die härteste Strafe. Deshalb beantragte der Staatsanwalt gegen Stern drei Jahre Gefängnis und 2100 M. Geldstrafe, sowie fünf Jahre Ehrverlust wegen Kreditwuchers und unerlaubten Handelns mit Brillanten, einer Straftat, die im Laufe der Untersuchung nebenher noch zutage getreten war. Landgerichtsdirektor Schulze sprach in dem Urteil des Schöffengerichts aus, daß an sich der Angeklagte die vom Anklageerzähler beantragte hohe Strafe verdient hätte. Es hätte aber berücksichtigt werden müssen, daß seine Handlungsweise in der Inflationszeit falle, also in eine Zeit, in der die Moral stark gesunken war und in der alle Welt betriebe war, Gewinne zu machen. Deshalb hat das Gericht nur auf eine Strafe von einem Jahr sechs Monaten und einer Woche Gefängnis, 2100 M. Geldstrafe und drei Jahre Ehrverlust erkannt. Der Angeklagte war wenige Tage vor der Verhandlung in Haft genommen worden, weil zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft gekommen war, daß er seinen Haushalt aufgelöst hätte und beabsichtigte, ins Ausland zu gehen. Der Haftbefehl wurde vom Gericht aufrechterhalten.

### Schon wieder ein Straßenbahnunfall.

Ein schwerer Zusammenstoß ereignete sich am Mittwoch gegen 2 Uhr vor dem Hause Kurfürstendamm 127, gegenüber dem Luna-Parl. Dort fuhr ein Straßenbahnwagen der Linie 176 mit voller Wucht in das Fuhrwerk der Wäganfalli Ray heute aus Adershof hinein. Der Kutcher wurde durch den heftigen Anprall vom Bod geschleudert, blieb aber glücklicherweise unverletzt, während das Pferd auf der Stelle getötet wurde und der Wagen schwer beschädigt liegen blieb. Mehrere Fahrgäste, die sich auf dem Vorderperson der Straßenbahn befanden, wurden leicht verletzt. Lentien oder sämtlich ihre Wohnungen aufsuchen. Die Wäganfalli Feuerwehre, die sofort zur Unglücksstelle eilte, beteiligte das Verkehrsministerium, so daß der Betrieb nach einer halben Stunde in vollem Umfange aufgenommen werden konnte. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

### Folgenschwerer Leichtsin.

Gegen 3 Uhr in der Nacht zum Mittwoch brach auf dem Boden des Hauses Sialingstraße 41 Feuer aus, wodurch der Dachstuhl vollständig eingeschmelt wurde. Die alarmierte Feuerwehre konnte erst nach vierstündiger Tätigkeit wieder abrücken. Altem Anschein nach hat der wohnungslose 54 Jahre alte Maler Max Remte, der unter dem Dach einen Raum zur Unterbringung seiner Malerutensilien gemietet hatte und dort auch zu nächtigen pflegte, den Brand verursacht. Er soll keine Schlüsseltat im angezeigten Zustande aufgefunden haben und dabei mit einem offenen Blicke fahrlässig umgegangen sein.

### Der Autobus durch die ganze Friedrichstraße.

Wie die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft mitteilt, verkehrt die Autobuslinie 4 vom 1. August ab wieder durch die ganze Friedrichstraße. — Vom 1. August ab wird auch eine Autobuslinie vom Bahnhof Zehlendorf-Mitte zum Untergrundbahnhof Zehlendorf eingerichtet. Der Fahrpreis beträgt 20 Pf. Wann endlich aber werden wir die Verkehrsgemeinschaft bekommen? Wer z. B. von Schlachtensee oder Zehlendorf-West nach Wilmersdorf will, der muß erst ein Stück Wanneseebahn fahren, dann den Autobus und schließlich die Untergrundbahn benutzen und muß jedesmal neu bezahlen. Uebergangsarten gibt es nicht.

### Weitere Berliner Anzeigen gegen Haarmann.

Nachdem erst kürzlich von den Berliner Behörden 8 Anzeigen an die Hannoversche Polizei weitergeleitet worden sind, die möglicherweise mit dem Fall Haarmann in Verbindung stehen, sind neuerdings zwei weitere Anzeigen bei der Berliner Polizei über das Verschwinden von zwei jungen Männern

## Das Rundfunkprogramm.

### Donnerstag, den 31. Juli.

**Tageseinstellung.** Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorhören. Nachm. 12.35 Uhr: Ubersmittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.08 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.  
5.30-7 Uhr abends: Unterhaltungsmusik. 7.30 Uhr abends: Sprachunterricht (Englisch). 8 Uhr abends: Vortrag des Herrn Oberpostrat Dr. Harbich, vom Telegraphentechnischen Reichsamt, Berlin. 9-10 Uhr abends: Konzert der verstärkten Funkkapelle. 1. Ouvertüre zu „Ruy Blas“ von Mendelssohn-Bartholdy. 2. II. L'Arlesienne Suite, von Bizet. 3. Réverie, von Leoncavallo. 4. Fantasia aus „Sylvia“, von Debües. 5. Valse Capricieuse, von Frit. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten. 10.15 bis 11.30 Uhr abends: Tanzmusik.

erläßt worden, von denen der eine die letzte Nachricht aus Hannover gegeben hat. Das Verschwinden des jungen Berliner Heinz Schulenburg ist noch immer nicht aufgeklärt. Obwohl bei ihm eine Kravatte des Schulenburg gefunden wurde, hat Haarmann, auch bei seiner Konfrontation mit der Mutter des Verschwindenen, entschieden bestritten, den Jungen ermordet zu haben.

## In der Badewanne durch Gas betäubt.

### Fünf Menschenleben in Gefahr. — Die Feuerwehre als Retter.

Begen einer Gasvergiftung wurde die Berliner Hauptfeuerwehre am Mittwoch nachmittag nach der Reudenburger Str. 15 alarmiert. Fünf weibliche Angestellte einer Taschenlampenfabrik waren dort während des Badens durch ausströmendes Gas aus einer schadhaften Gasleitung betäubt worden. Zum Glück bemerkten andere Arbeitskolleginnen den Unfall noch rechtzeitig und stellten sofort mit den unangelernten Mädchen und Frauen Wiederbelebungsversuche an, die aber keinen Erfolg hatten. Die benachrichtigte Feuerwehre entsandte schnell Samariter der Wehre, die mit ihren Sauerstoffapparaten erfolgreich waren und alle fünf Personen retteten. Als die Retter erschienen, erschrakten sie anfänglich, weil die nackten Körper der Verunglückten infolge Massage mit Graphit vollständig schwarz aussahen. Diese Vergiftung hätte auch noch anderen Personen gefährlich werden können. Man hatte den Gasgeruch schon längere Zeit bemerkt, aber ihm keine Bedeutung beigelegt. Falls jemand die Badestube mit Feuer um betreten hätte, wäre eine Explosion die Folge gewesen.

**„Vorbildliche“ Verkehrsregelung.** Die neue Verkehrsregelung auf dem Potsdamer Platz hat, wie übrigens vorauszusehen war, zu Verkehrsstößen geführt, weil die Inseln zu breit und die neugebildeten Engpässe für den großen Verkehr viel zu schmal sind. Nun können die Inseln wieder entfernt oder verkleinert werden.

**Bei der Gedenkfeier für die Opfer des Weltkrieges, die am 3. August vormittags 11 Uhr vor dem Reichstage stattfinden, wird auch der Opfer, die von den deutschen Fliegern gebracht wurden, durch das Erscheinen von zwei Flugzeugen über dem Königsploß während der Feier symbolisch gedacht werden. Die Flugzeuge sind von der Fliegerschule Bornemann gestellt und werden von den ehemaligen Feldpiloten Gargano und Rianau geführt.**

**Waldfest der Freidenker!** Genosse Adolf Hoffmann schreibt uns in der Rätz in der Donnerstagsmorgennummer, daß die Angabe: „Kedner vorausichtlich Adolf Hoffmann“ absichtlich irreführend ist. Die Veranstalter haben Hoffmann nicht als einen der Teilnehmer mit Namen veröffentlicht und erst hinterher am 28. d. M. eine Anzeige an ihn geschickt. Da falsche Anknüpfungen sich in letzter Zeit wieder mehren, protestiert Genosse Hoffmann ganz energisch gegen einen derartigen Mißbrauch seines Namens. (Aus diesem Anlaß machen wir darauf aufmerksam, daß wir in Zukunft Einkendungen, die nicht den Vereinsstempel und die deutlich lesbare Unterschrift des verantwortlichen Einleiders tragen, überhaupt nicht mehr beachten werden. D. Red.)

**Bezirksbildungsanschuß Groß-Berlin.** Die Kreise 4, 5, 10, 11, 12, 13, 15, 16 und 17 werden einzeln, umgeben die Fragebogen ausgefüllt nach bei anzuschreiben. Die Einzahlungsstellen für Pensionskarte und proletarische Pensionskarte sind angegeben. Einzahlungen können erfolgen bei allen Arbeitsstellen, sowie in der Buchhandlung Bornemann, Lindenstr. 2, im Augenblickezialrat, Lindenstr. 8, und im Bezirksbildungsanschuß, Lindenstr. 3, 2. Hof II.

**Ein ökonomischer Gesamtsongest ist der Reichelische Männerchor Berlin 1904, Mitglied des Deutschen Arbeiterliederbundes, am Freitag, den 1. August, abends 7½ Uhr, im Spielertal vor der Zentrale.**

**Die Aushebung „Wider den Krieg“, orientiert von der Sozialistischen Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, Werksbezirk Neustadt, kann am Freitag, den 1. August, auf Grund technischer Schwierigkeiten nicht stattfinden. Ausgehende Karten werden zurückgenommen.**

**Im Liniensport finden am 4., 6. und 8. August Rad-Wettrennen statt. Um den Preis vom Liniensport starten zwölf unserer zum Teil aus dem Berliner Schwingerkonglomerat bekannten Radfahrer, u. a. Max Hahn, Franz Krupat, Paul Wagner, Oster Weg, Arthur Sieblin, Bill Köhler, Hermann Badeluh, u. m. Die jeweiligen Sieger der beiden ersten Renntage treten am 8. August zum Entscheidungsfahren an. Das nächste Programm wird in den nächsten Tagen bekanntgegeben.**

## Kampf mit Wilderern im Harz.

An der Grenze des Tonner Waldreviers im Harz traf ein Förster auf mehrere Wilderer, die einen Hirsch erlegt hatten. Es entspann sich ein heftiger Kampf. Der Förster schoß den einen Wilderer nieder, einen anderen verwundete er schwer. Die übrigen flüchteten. Der Tote ist als ein 70jähriger berufsmäßiger Wilderer Bogeles aus Tanne erkannt worden.

**Fabriksteinbruch im Regen.** Nach einer Meldung aus Bombas ist infolge der schweren Regengüsse der letzten Zeit ein großer Teil der Baumwollfabrik von Ahmedabad eingestürzt, während die Belegschaft arbeitete. 26 schwerverletzte Arbeiter wurden dem Hospital zugeführt, während 60 andere noch unter den Trümmern begraben liegen.

**Weiterflug der amerikanischen Weltumflieger.** Die amerikanischen Weltumflieger sind am 30. Juli in Braugh bei Hull zur Fortsetzung ihres Fluges gestartet und werden zunächst bei Kirkwall auf den Orkney-Inseln landen, um von dort die letzte Etappe ihres Weltfluges zu beginnen. Ein amerikanisches Kriegsschiff wird auf dem Wege, den die Flieger über Island und Grönland einschlagen werden, patrouillieren.

**Jugentreifung auf der Hamburger Ebbbrücke.** Auf der Ebbbrücke zwischen Hamburg und Harburg entgleiste ein Teil eines Güterzuges. Sechs Wagen stürzten um und richteten erheblichen Schaden an. Der Personenverkehr wurde nicht gestört.

## Jugendveranstaltungen.

### Heute, Donnerstag, den 31. Juli, abends 7½ Uhr:

**Gesundbrunnens I. Schule, Ostendburger Straße 2.** Vortrag: „Was ist dein Leben und dein Beruf“ — **Schwarzgehör.** Rathaus Schwarzgehör Vortrag: „Allgemeine Jugendbewegung“ — **Weißhäger.** Wanngarten, Weißhägerstr. Vortrag: „Erfahrungen von der Fahrt durch Thüringen“.

## Sport.

### Rennen zu Karlsruhst am Mittwoch, den 30. Juli.

1. Rennen. 1. Epöfenkier (Ruh), 2. Maria (Regal), 3. Stap (Mögen) (Bolz). Toto: 32 : 10. Plaz: 18, 45 : 10. Ferner liefen: Bloat, Memento.
2. Rennen. 1. Grahalotte (Schüller), 2. Octasio (B. Strick), 3. Baimond (Wachsmann). Toto: 15 : 10. Plaz: 11, 14, 13 : 10. Ferner liefen: Heerführer, Wippen II, Kriegskrüder, Helmerking, Sir, Burgunder.
3. Rennen. 1. Diane II (Ralf), 2. Turfball (Reig), 3. Siega (Schüller). Toto: 33 : 10. Plaz: 13, 14, 15 : 10. Ferner liefen: Kolbart, Sonnenchein, Della, Minenhol.
4. Rennen. 1. Ghomad (Rale), 2. Ghomad (R. Adler), 3. Ghomad (Schüller). Toto: 25 : 10. Plaz: 17, 12 : 10. Ferner liefen: Blüthen, Lippel.
5. Rennen. 1. Weimil (v. Felger), 2. Olen (A. v. Wellerhagen), 3. Spirital (Fr. Grete). Toto: 17 : 10. Plaz: 11, 13 : 10. Ferner lief: Singi.
6. Rennen. 1. Sabow (Rale), 2. Nidle (R. Adler), 3. Morn (Rufalies). Toto: 19 : 10. Plaz: 13, 19, 19 : 10. Ferner liefen: Sellen, Garus, Puppenfer, Leon, Wärdengubertin.
7. Rennen. 1. Barfial (O. Wälder), 2. Tranulise (Lortz), 3. Sauter (Ebert). Toto: 37 : 10. Plaz: 14, 18, 23 : 10. Ferner liefen: Balle, Blumberg, Grenten Gorn, Leonore, Dorn, Bruder, Litos, Beras, Nag-

# Die Vorwände der Brotwucherer.

## Unwahrheiten und Wahrheiten im Zollkampf.

Es ist verständlich und bedarf nicht vieler Erklärung, daß unsere Agrarier wie andere Leute lieber höhere als niedere Preise für ihre Erzeugnisse einnehmen. Es beargwöhnt sich, daß die Masse der Landwirte, der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge unkundig, der Einfachheit halber zur Bekämpfung ihrer gewerblichen Schwierigkeiten das nächstliegende Mittel der künstlichen Preiserhöhung wählt, obwohl den dauernden Nutzen davon nicht der arbeitende Landwirt, sondern der müßige Agrarkapitalist: der Fideikommissarier, der Verpächter, der abgefundene Erbe, der Bodenspekulant genießt. Es ist ein Zeichen tiefer Leichtfertigkeit, daß die maßgebenden Vertreter der Landwirtschaft für die wichtigsten Erleichterungen des Landwirtschaftsbetriebes, die Genosse Braun in seinem Programm ihnen angeboten hat, keinen Sinn zeigen, sondern hypnotisiert auf das bequemere Mittel der künstlichen Preissteigerung starren. All das muß man hinnehmen, weil's menschlich ist, so wenig Sinn auch darin liegen mag. Nicht aber brauchen wir uns gefolten zu lassen, daß zur Rechtfertigung dieser Politik amtlich wie in der Presse die abgestandensten Redensarten und Schwindelereien verzapft werden, die so alt sind wie der Kampf um die Getreidezölle und immer wieder widerlegt worden sind.

### Trägt das Ausland den Zoll?

Wenn es wahr wäre, wie die Agrarier seinerzeit behaupteten, und wie Graf Ranik ihnen heute wieder nachbetet, daß das Ausland den Zoll ganz oder zum überwiegenden Teil trage, dann hätte doch die ganze Agitation keinen Sinn. Niemand wird glauben, daß unsere Agrarier, die sich um Reichskasse und Steuereingang wirklich noch nicht viele Sorgen gemacht haben, eine große Bewegung in Szene setzen, damit ausländische Händler Zölle in die Reichskasse zahlten, die den inländischen Getreidepreis unverändert ließen. In Wahrheit handelt es sich natürlich nur um die Erhöhung dieses Preises, und dieser Zweck ist auch immer erreicht worden. So kostete bei einem Zoll von 50 M. auf die Tonne Roggen, von 55 M. je Tonne Weizen im Jahre 1910 im Durchschnitt

	1 Tonne Roggen	1 Tonne Weizen
in Berlin . . . . .	152 M.	212 M.
in Riga . . . . .	118 .	152 .
in Amsterdam . . . . .	124 .	160 .

Nach der amtlichen Begründung der Zollvorlage von 1902, die zum Höchstzoll von 1906 geführt hat, war der Preis für

Im Durchschnitt der Jahre	In Danzig unversollt	Durchschnittl. Inlandspreis	Inlandspreis höher um M.	Zollfuß
<b>Roggen</b>				
1885/87	97,00	134	36,50	30
1888/91	113,00	167,30	53,40	50
1896/99	98,70	134	35,30	35
<b>Weizen</b>				
1885/87	141,20	191	49,80	30
1888/91	149	193	44	50
1896/99	128,80	164,50	35,70	35

Man sieht, nicht auf den Pfennig, aber annähernd, einmal höher, einmal niedriger, stellt sich der Inlandspreis = Weltmarktpreis + Zoll. Ein Beweis dieser Tatsache sind auch die kleinen Völkerwanderungen, die überall an den Reichsgrenzen stattfanden, um die für den schmalen Gürtel geltende Befreiung von den Eingangszöllen im Kleinverkehr auszunutzen. So erzählte der Zentrumsabgeordnete Hug Konstanz am 6. Februar 1903 im Reichstag:

„Diese Zollbefreiungen haben einen hohen Wert für die ärmere Bevölkerung, die auch einen ausgedehnten Gebrauch davon macht. Es rühmt dies daher, daß die Lebensmittel in der Schweiz wesentlich billiger sind als bei uns. 3. B. ein Kilo Brot kostet in der Schweiz 6 bis 7 Pf. weniger als in Baden. Es kommt das daher, weil in der Schweiz keine Getreidezölle eingeführt sind.“

Der deutsche Roggenzoll war damals 7 Pf. je Kilogramm.

### Kornzölle und Brotpreise.

Diese Darstellung beleuchtet schon den zweiten Schwindel, mit dem die Agrarier seinerzeit geklebt haben und der auch heute in ihren „Gründen“, die die Wirkung der Zölle möglichst harmlos wollen erscheinen lassen, stets wiederkehrt.

Am 21. Mai 1879 erklärte Fürst Bismarck, der Vater des neckischen Wortes „Amtlich wird nicht gelogen“, im Reichstag:

„Ich bestreite aufs allerentschiedenste, daß die Kornpreise und die Brotpreise in irgend einem nachweisbaren Zusammenhange stehen.“

Damals war es Mode, nach seinem Vorgang auf die Bäcker loszuschlagen, durch deren ungerechten Verdienst die Brotpreise weit über Gebühr getrieben würden. Es soll hier nicht behauptet werden, daß die Bäcker wenig verdienen, und eine Veränderung der Preispanne zwischen Erzeuger und Verbraucher ist eine wichtige Aufgabe der Wirtschaftspolitik, der leider gerade unsere Agrarier nicht Förderung, sondern durch ihre Unterstützung des mittelständlerischen Kampfes gegen die Konsumgenossenschaften Schwierigkeiten bereiten. Aber ganz willkürlich ist die Annahme, daß die Bäcker die Verteuerung ihres wichtigsten Rohstoffes durch eine Verringerung ihrer Betriebskosten oder ihres Geschäftsgewinns ausgleichen würden, und geradezu sinnlos die Weisheit des „Heros des Jahrhunderts“, die einen Zusammenhang zwischen diesen Dingen überhaupt bestreitet. Wie eng er in Wahrheit ist, zeigt folgende Aufstellung, die der spätere Leiter des statistischen Amtes der Stadt Berlin Dr. Hirschberg in Conrads Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik (III. Folge, Bd. 17) mitgeteilt hat. Danach war in Berlin

Im Jahre	Roggenpreis je 100 kg M.	Roggenmehlpreis je 100 kg M.	Roggenbrotpreis je kg M.
1868	13,06	17,90	20,80
1890	17,00	23,45	27,18
1894	11,77	15,47	20,43
1898	14,63	20,12	25,15

1894 war in dieser Zeitfolge das billigste Jahr. Das teuerste war 1891 mit folgenden Zahlen:

21,12	29,05	31,66
-------	-------	-------

Man sieht: überall ein nicht gleichmäßiges — es wirken ja noch weitere preisbildende Umstände mit, die sich oft anders verhalten als die Getreidepreise — aber ein stetiges Auf- und Absteigen der Mehlpreise mit den Roggen- und wieder mit ihnen der Brotpreise!

Sonach ist die Einwirkung der Zölle auf die Getreide- und durch diese auf die Mehl- und Brotpreise unbefreitbar. Man könnte den politischen Kampf einfacher und reiner gestalten, wenn die Befürworter der Zölle auf ihre abgestandenen, immer wieder aufgedeckten Unwahrscheinlichkeiten und schlichtweg erklären würden: Wir fordern Zölle, um die Preise unseres Getreides zu erhöhen, auch um den Preis der dadurch unweigerlich herbeigeführten Verteuerung von Mehl, Mehlgaren und Brot. Das wäre wenigstens ehrlich. Doch die Befürworter dieser Politik legen auf diese Ehrlichkeit, die ihren politischen Kampf sehr erschweren würde, kein Gewicht.

### Wer hat Interesse an Agrarzöllen?

Aber mit dieser Feststellung ist die Frage noch nicht erschöpft. Es bleiben noch zwei Behauptungen zu prüfen. Sie lauten:

1. Die Landwirtschaft, die wichtigste Säule des Gesellschaftsgebäudes, verlangt nach dieser Zollpolitik.
2. Die Zölle sind nötig, um den Uebergang zur extensiven, die Kräfte des Bodens nicht vermehrenden Wirtschaft zu verhindern und damit unsere Volksernährung zu sichern.

Was ist daran wahr? Tatsächlich ist nicht die Landwirtschaft, sondern nur ein Bruchteil der Landwirte, ein kleiner und stets abnehmender Bruchteil der Gesamtbevölkerung, durch die Zölle begünstigt. Leider geht unsere Berufsstatistik nicht weiter als bis 1907. Immerhin läßt diese letzte Zählung im Vergleich mit den beiden vorhergehenden die Richtlinien deutlich erkennen, die mit der Erfahrung seit 1907 durchaus übereinstimmen. Die landwirtschaftliche Bevölkerung war bei den drei Berufs- und Gewerbezahlungen:

	1882	1895	1907
In Tausend	19 226	18 301	17 681
Proz. der Gesamtbevölkerung	42,5	35,8	28,6

Also eine kleine, aber andauernde Abnahme der Zahl an sich bei einer andauernd starken Zunahme der Gesamtbevölkerung und dadurch eine rasche und starke Verminderung des landwirtschaftlichen Anteils an der Gesamtzahl. Nimmt man,

wie nicht zu bezweifeln ist, an, daß die Entwicklung in dieser Richtung fortgegangen ist — die Umstellung zur Kriegsindustrie hat die Industrialisierung stark gefährdet, die Lebensmittel- und Wohnungsnot ihr nur schwach entgegengewirkt —, bedenkt man, daß die Abtretungen den Anteil der Landwirtschaft am verbliebenen Reste weiter vermindert,\*) der Flüchtlingszufluß, der über die Städte ging, ihren Verhältnisanteil noch mehr herabgemindert haben, so kann der Anteil der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung heute nicht höher als etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung angenommen werden. Landwirtschaftstragen und daher noch lange nicht ohne weiteres allgemeine Volksangelegenheiten.

Aber auch die Landwirtschaft treibende Bevölkerung ist noch lange nicht in ihrer Masse an hohen Getreidepreisen interessiert. Im Gegenteil! Nach der Betriebsstatistik von 1907 gab es

	Betriebe	Danon hauln Brotgetreide	Mit Brotgetreide bebaut macen ha	Getreidefläche je bauenden Betrieb ha	Getreideernte je Betrieb in Doppelzent. *)
unter 2 ha	3 378 509	2 555 716	541 983	0,13	2,3
2-5	1 006 377	985 013	819 651	0,88	14,5
5-20	1 065 539	1 050 696	2 726 807	2,59	45,8
20-100	262 191	259 473	2 372 000	9,14	162,0
über 100	23 566	23 262	1 760 008	75,66	1324,9
Zusammen	5 736 082				

\*) Nach der Ertragsstatistik von 1905-1909 wurden je Hektar 17,5 Doppelzentner Brotgetreide geerntet.

Der Verbrauch von Getreide für menschlichen Verzehr in Form von Brot, Mehl, Teigwaren, Kaffee-Ertrag usw. einschließlich der in Brauerei und Brennerei verarbeiteten Mengen wurde auf 170 bis 180 Kilogramm je Kopf und Jahr berechnet, mit Einschluß des Viehfutters auf 250 Kilogramm. Die letztere Menge entfällt ganz auf die Landwirtschaft, erhöht also deren Bedarf auf das Mehrfache des durchschnittlichen. Eine Familie von 5 Köpfen mit 5 Hektar, die man für einen Betrieb zwischen 2 und 3 Hektar als das Mindeste rechnen muß, verbrauchte danach annähernd 3000 Kilogramm unmittelbar oder in Form gewerblicher Erzeugnisse, die sie kaufte. Ihr Ernteertrag aber war etwas mehr als die Hälfte, wovon noch die Ausfaat abgeht.

Auch die Betriebe von 5 bis 20 Hektar mit einem Bedarf (bei 5 bis 6 Familiengliedern und 3 bis 4 Hilfskräften) von fast 4000 Kilogramm haben im Durchschnitt nur einen ganz geringen Ueberschuß, d. h. die größeren Betriebe etwas mehr, die Mehrzahl der kleineren entsprechend weniger oder einen ungedeckten Bedarf, der Zukauf verlangt.

Erst die kleine Zahl der Betriebe über 20 Hektar, die allerdings den weitaus größten Teil des Bodens besitzt, hat fast durchweg einen mit dem Betriebsumfang steigenden, bei dem Groß- und Riesenertrag riesengroßen Vorteil von erhöhten Getreidepreisen. Auf die vielfachen feineren Unterschiede, die nach Bodengüte und Lage verschiedene Betriebsrichtungen und teilweise beträchtliche Interessengegensätze auch unter Landwirten gleicher Betriebsgröße ergeben, kann hier nicht eingegangen werden.

Selbstfalls aber ist die Masse der Kleinlandwirte nicht an hohen, sondern an mäßigen Getreidepreisen interessiert. So erklärte Reichskanzler Fürst Hohenlohe am 29. März 1895 im Reichstag:

„Bestenfalls werden die landwirtschaftlichen Betriebe von 6 Hektar ab bei gutem Boden imstande sein, den Bedarf an Getreide für den Besitzer und seine Familie zu decken. Nun umfassen die . . . Gruppen (mit geringerer Fläche) zusammen 76 Proz. aller landwirtschaftlichen Betriebe . . . die von der Erhöhung der Getreidepreise keinen Vorteil, ja mit wenigen Ausnahmen direkten Nachteil durch die Verteuerung der Lebenshaltung haben werden.“

Diese Tatsachen und Urteile ließen sich häufen. Wir leben: Von etwa einem Fünftel der Bevölkerung, die Landwirtschaft treibt, ist knapp ein Viertel, d. h. der zwanzigste Teil der Gesamtbevölkerung, durch hohe Getreidepreise begünstigt. Neunzehn Zwanzigstel werden dadurch geschädigt! Das eine Zwanzigstel umfaßt freilich die Schicht des größeren und großen Grundbesitzes, den Kern der „staats-erhaltenden Parteien“ von ehemals, der durch Jahrhunderte

\*) Nach dem Statist. Jahrbuch 1921/22 hat sich durch die Abtretungen die gesamte Reichsbevölkerung um rund 10, die von Land- und Forstwirtschaft lebende aber um 15 Proz. verringert.



gibt folgende Beispiele seiner Billigkeit

- Kinder-Leder-Schnürstiefel, beliebte Form . . Gr. 20/22 1 80
- Kinder-Schnürstiefel, echt R.-Chevreau, Gr. 25/26 4,90, Gr. 23/24 3,90, Gr. 20/22 3 20
- Mädchen-Schnürstiefel, Rindbox, dauerhaft, Gr. 25/39 von 5 90 an
- Brauner Damenhalschuh, echt R.-Chevreau, spottbillig 9 80
- Herren-Stiefel, echt R.-Chevreau, spottbillig 9 80



- Damen br. R.-Chevr. Pump sehr chic 8 90
- Herren-Halsch. eleg. Ausführung 8 20
- Da.br. Spangen mit breiter Schiebesechelle 9 80

SW, Friedrichstr. 240/41 W, Potsdamer Strasse 30 W, Schillstrasse 16

NW, Beusselstrasse 29 NW, Turmstrasse 41 NW, Wilsnocker Str. 23

N, Brunnenstrasse 51 N, Danziger Strasse 1 N, Friedrichstrasse 130

N, Mollerstrasse 5 O, Andreasstrasse 50 O, Frankfurter Allee 22

SO, Oranienstrasse 2a SO, Wrangelstrasse 49 C, Spittelmarkt 15

C, Rosenhaler Strasse 14 Potsdam, Drandener Strasse 54 Neukölln, Bergstr. 30/31 Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 122/23



## Jean Jaurès zum Gedächtnis.

Zum zehnten Jahrestage seines Todes.

Als am 31. Juli 1914 der Revolverstoß eines feigen Mordmörders Jean Jaurès niederstreckte, empfand jeder instinktiv, daß durch diesen Mord einer der stärksten moralischen Widerstände gegen den Krieg vernichtet worden war. Marcel Sembat schrieb damals in seinem Nachruf in der „Humanité“: „Jaurès stirbt, die Mobilmachung ist erklärt. Jaurès geht, der Krieg kommt. O, wenn man auf seine Worte gehört, wenn man seinen Rat besser befolgt hätte, vielleicht wären wir jetzt nicht in den Krallen des Ungetüms.“

Das Empfinden, das in diesen Worten zum Ausdruck kam, war wohl nicht allein in den Kreisen der engeren Parteifreunde von Jaurès vorherrschend. Als Jaurès, der in den kritischen Tagen vor dem Kriegsausbruch mit leidenschaftlicher Hingabe für den Frieden gearbeitet hatte, noch am Abend des 31. Juli eine Rücksprache mit der Regierung hatte, war die Wucht seiner Argumente und die unbezwingbare Logik seiner Rede so stark, daß der Unterstaatssekretär Abel Ferry ausrief: „Wie tief bedauere ich es, Herr Jaurès, daß Sie nicht in unserer Mitte sind, um uns mit Ihrem Rat beizustehen!“ Wenige Stunden danach war der beredete Mund geschlossen, der glühendste und größte Geist, den Frankreich besaß, durch Mordmord vernichtet, und ungehemmt konnten die Bestialität des Kriegsausbruchs, der Wahnsinn des Völkermordes über Vernunft und Menschlichkeit triumphieren.

Der nationalistische Mordbube, der Jean Jaurès niederstreckte, wußte sehr wohl, was er tat. Genau so wie in den späteren Jahren in Deutschland, als die Reaktion kühl und planmäßig die besten Vertreter des Proletariats hinmordete, unternahm die chauvinistische Reaktion in Frankreich am 31. Juli einen Stoß gegen das Herz des französischen Sozialismus. Denn Jaurès war nicht nur der große parlamentarische Redner, der auch Andersdenkende mit sich fortriss, er war nicht nur der weitschauende kenntnisreiche Politiker, dessen Urteil weit über die Kreise seiner Partei beachtet wurde, er war der Repräsentant der gesamten französischen Arbeiterklasse, deren Wille zur sozialen Gerechtigkeit, zur politischen Macht, zur Fortführung des Werks der großen französischen Revolution in dem glühenden Tatwillen von Jaurès zum Ausdruck gelangte.

Jaurès war kein Angehöriger der proletarischen Klasse, er entstammte bürgerlichen Kreisen und kam erst im Jahre 1893, als 33-jähriger, zur sozialistischen Partei. Er kam zu ihr, ausgerüstet mit außerordentlichem Wissen auf philosophischem, geschichtlichem und ökonomischem Gebiet; er kam zu ihr, nachdem er die Unvollkommenheiten und Irrtümer der bürgerlichen Weltanschauung erkannt und die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß die großen Prinzipien der französischen Revolution, angewandt in der Wirklichkeit der modernen kapitalistischen Periode, nur verwirklicht werden könnten durch den Kampf der Arbeiterklasse für den Sozialismus.

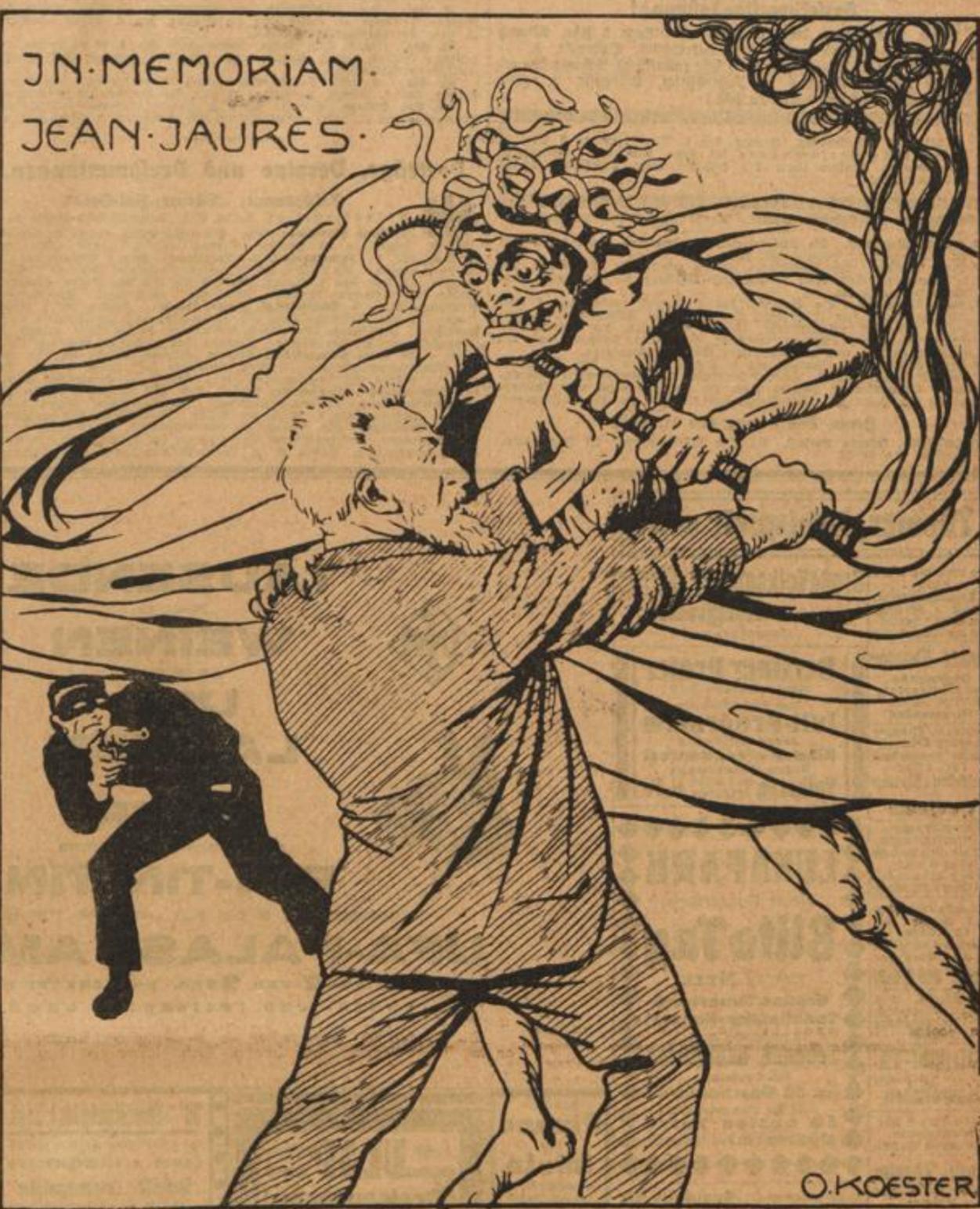
Diese tiefinnerliche Ueberzeugung, die sich parte mit wissenschaftlicher Gründlichkeit und realpolitischer Tatkraft, machte Jaurès zum größten Vorkämpfer des französischen Sozialismus. In wenigen Jahren verstand er es, die sozialistische Bewegung von den Fesseln des Sektierertums zu befreien, ihr die Wege zu den Massen zu ebnen und sie zu einem bedeutenden Faktor im politischen Leben Frankreichs zu machen. Seine tatsächlichen Methoden, die sich aus den politischen Verhältnissen Frankreichs erklärten, wurden oft im Ausland, insbesondere in Deutschland nicht verstanden oder nicht richtig eingeschätzt. Er galt als das Haupt des Reformismus, während er in Wirklichkeit, in seinem Streben zur politischen Macht, revolutionärer war, als manche seiner radikalen Opponenten. Maßgebend für seine Beurteilung ist die Rolle, die er dem Proletariat in geschichtlicher und kultureller Hinsicht zwies. Schon im Jahre 1902 schrieb er:

„Es gibt fürderhin nur eine Klasse mehr, die imstande ist, den Gedanken eine soziale Kraft zu geben: das Proletariat. Das Proletariat, das sich seines Privilegs erfreut, das Proletariat, das nach den Worten von Marx nur seine Ketten zu verlieren hat und sich vor seiner Wahrheit fürchtet, weil jede Wahrheit ihm nur Schmerz bringt. Jede freie Kritik, die die verrotteten und falschen Anschauungen zerlegt, bereitet seinen Aufstieg vor. Deshalb ist auch der instinktive Idealismus, der die arbeitende Klasse der Wahrheit entgegenzutrifft, im Einklang mit ihren wirklichen Interessen. Es gibt sicherlich innerhalb des Proletariats Köpfe, die durch Sklavensarbeit unterdrückt sind und von bürgerlichen Vorurteilen strömen. Es gibt außerhalb des Proletariats Kühne und unentwegte Denker, die die Wahrheit über alles setzen. Aber als Ganzes genommen ist das Proletariat allem in vollständiger Harmonie mit der Wahrheit. Trotz ihrer Unbewußtheit und ihrer Ignoranz ist die Arbeiterklasse die wahrhaft intellektuelle Klasse, denn sie hat es nie nötig, zu lügen.“

Das Proletariat hat es nie nötig, zu lügen — das ist die Grundidee der Weltanschauung von Jaurès, die treibende Kraft seiner gewaltigen Leistung auf politischem Gebiet. Geleitet von dieser Idee, stürzte sich Jaurès nicht nur in alle innerpolitischen Kämpfe, in denen es galt, den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen, er wurde vor allen Dingen zum eifrigsten Vorkämpfer des französischen und des internationalen Proletariats gegen den Krieg, der seit Beginn des Jahrhunderts mehr als einmal auszubrechen drohte.

Ausgerüstet mit einer ausgezeichneten Kenntnis aller Einzelheiten der internationalen Politik, stand Jaurès in diesen kritischen Jahren in den ersten Reihen der Sozialisten, die den imperialistisch-militaristischen Zettlungen der bürgerlichen Klassen den entschlossenen Friedenswillen des internationalen Proletariats entgegenstellten. Die Grundlage seines politischen Wirkens war sein Wunsch nach einer deutsch-französischen Verständigung. Unergeßlich ist sein kraftvolles Handeln zur Zeit des ersten großen Marokkokonfliktes von 1905/6, wo sein parlamentarischer Auftreten den Sturz Delcassés herbeiführte; untergeßen sein eindringliche Mahnung zur Besonnenheit, als im Sommer 1911 der deutsche Pantherprung nach Agadir Frankreich in Erregung versetzt; untergeßen sein Drang, vor deutschen Arbeitern als Friedensbote zu sprechen; untergeßen sein freudiges Mitwirken an den beiden deutsch-französischen Verständigungskonferenzen von Bern und Basel und sein Kampf gegen die Steigerung der Friedensstärke des französischen Heeres durch die Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit. Ueberall, wo es galt, den auftauchenden Kriegsgefahren entgegenzutreten und

IN MEMORIAM  
JEAN JAURÈS



mit kräftiger Hand in das Reg der diplomatischen Intrigen eingzugreifen, stand Jaurès als Sprecher des französischen Proletariats in erster Reihe. Er scheute sich nicht, den Haß der französischen Nationalisten und Revanchephantasten auf sich zu laden, indem er in seiner Rede vom 9. Juli 1905, die durch Richard Fischer in öffentlicher Versammlung in Berlin verlesen wurde (er selbst war durch das talentvolle Verbot des damaligen Reichskanzlers Fürst Bülow am Erscheinen verhindert worden), erklärte, daß die französische Partei „gründlich und für alle Zeiten, und was auch die wechselnde Konjunktur des Völkerglücks mit sich bringe, Verzicht geleistet habe auf jedes Vorhaben eines militärischen Rachekrieges gegen Deutschland, auf jeden Gedanken einer sogenannten Revanche“. Er kämpfte leidenschaftlich für diesen Ausgleich, den er als das wirksamste Gegengewicht gegen die zunehmende Spannung zwischen den beiden großen europäischen Mächtekoalitionen, als beste Garantie des fortgesetzt bedrohten europäischen Friedens betrachtete.

Diesem Streben von Jaurès blieb leider der Erfolg versagt. Zwar fand sein Ruf zur Verständigung starken Anklang bei den Arbeitern Frankreichs und Deutschlands, aber ihre politische Macht, ihr Einfluß auf die Gestaltung der inneren und äußeren Politik waren zu gering, als daß sie die Wege der europäischen Diplomatie in maßgebender Weise hätten beeinflussen können. Hinzu kam noch die Gleichgültigkeit, die man in breiten proletarischen Kreisen den Fragen der auswärtigen Politik entgegenbrachte, sowie jener gefährliche Optimismus, der den Ernst der internationalen Komplikationen übersehen und den Beschlüssen internationaler Kongresse oft eine zu bedeutsame Rolle beimah. Jaurès, der aus ganzer Seele Internationalist war und deshalb eine starke tatkräftige sozialistische Internationale herbeiwünschte, war ein Gegner dieses zu Selbsttäuschungen verleitenden Optimismus. In seiner bereits erwähnten Berliner Rede vom 9. Juli 1905 sagte er:

„Es darf der Name des Weltproletariats nicht ein prunkendes Wort und ein leerer Schein sein. Es darf das internationale Proletariat nicht zu einer intermittierenden und oberflächlichen Machtquelle werden, die bloß in entfernten Zwischenräumen auf Kongressen oder durch Zirkularberichte des Internationalen Sozialistischen Bureaus zur Wirkung gelangt. Es muß eine wirkende, eine wohlunterrichtete, eine wachsame Macht werden, die stets imstande ist, die Ereignisse von vornherein zu kontrollieren und die Konflikte schon im Keime zu überwinden, deren Entwicklung zum Krieg führen könnte.“

In noch schärferer Weise äußerte sich Jaurès in seiner berühmten Rede auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Basel (November 1912), der angesichts der durch den Balkankrieg heraufbeschworenen Gefahren einberufen worden war:

„Die Internationale — rief er aus — muß machen, daß sie überall ihr Boet des Friedens hindringen läßt, daß sie überall ihre gefühlige oder revolutionäre Aktion entfaltet, die den Krieg verhindern wird, aber, um an den Verbrechern Vergeltung zu üben, die ihn verschuldet haben. . . Ueberall müssen wir hingehen, um das Bewußtsein unserer Aktion in die Massen zu tragen, überall in den Parlamenten müssen wir unseren Entschluß zum Frieden noch einmal bestätigen. Alle Köpfe erfährt der Gedanke des Friedens und der Internationale, und während die Regierungen wanken und zögern, müssen wir vor ihnen die proletarische Aktion erschauen lassen.“

In diesen Worten, in denen leidenschaftlicher Kampfwille mit nüchterner Realpolitik vereint sind, steht Jaurès in seiner ganzen Größe und Lebendigkeit vor uns. Kein Träumer, kein Stubengelehrter, kein Schönredner, sondern ein Mann mit kräftigen Willens, der die Größe des Problems und die Schwierigkeit der Wege sieht, aber keinen Augenblick davor zurückschreckt, wenn es sein muß, die ganze Macht der proletarischen Klasse in die Waagschale zu werfen, um den Krieg zu verhindern und die ganze Menschheit vor der Katastrophe zu retten. . . Was er damals aussprach, möge als Vermächtnis fortleben im Bewußtsein der Arbeiter aller Länder, die ihn als einen der größten ihrer Vorkämpfer ehren müssen.

### Republik und Sozialismus.

Es ist gefogt worden, Republik oder Monarchie sei nur eine Form des Staates, es komme aber auf den Inhalt an. Das ist in doppelter Beziehung falsch. Die Republik ist an sich ein hohes Gut. Denn sie ist die Verwirklichung der Freiheit. . .

Sagen wir damit etwas, was nicht Geist vom Geist des Sozialismus ist? Was ist denn Sozialismus, wenn Sozialismus nicht Freiheit ist?! Wir wollen doch den Sozialismus, weil wir befreit sein wollen von der Uebermacht der materiellen Interessen, von der Herrschaft der Interessenorganisationen, weil wir wollen, daß endlich diese Fragen aufgehören: wo kann ich heute Mittagbrötchen essen, wo finde ich morgen ein Obdach? Diese Dinge müssen aus dem Gesichtskreis der Menschheit zurücktreten, damit die Menschheit sich erst verwirklichen kann in der Teilnahme an den Gütern der menschlichen Kultur. Kultur und Freiheit ist unzertrennlich, und deshalb ist Republik und Sozialismus unzertrennlich.

Aus der Rede des Genossen Rudolf Hilferding auf dem Sozialdemokratischen Parteitag in Berlin. Die Rede ist unter dem Titel „Für die soziale Republik“ im Dietz-Verlag erschienen und zum Preis von 10 Pfennig zu beziehen.

# Parteinachrichten für Groß-Berlin

**Bezirksvorstandssitzung!**  
Heute, Donnerstag, den 31. Juli, nachmittags 5 Uhr, Sitzung des engeren Bezirksvorstandes im Sekretariat, Lindenstr. 3. — Sonnabend, den 2. August, abends 8 Uhr (pünktlich), Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes im Jugendheim, Lindenstr. 3. (Die Kreise müssen unbedingt vertreten sein.)

132. Wkt. Blankenburg, Freitag, den 1. August, abends 8 Uhr. Öffentliche Versammlung bei Alig, Dorfstraße. Vortrag des Genossen Müller über: Die politische Lage, Schussübungen und Gastverteilung.

- Kreisleiterinnen für Arbeitswohlfahrt. Die Fragebogen sind umgehend einzuliefern.
- 9. Kreis Wilmersdorf. Die Kreisdelegiertenversammlung findet um 8 Uhr im Wilmersdorfer, Wilhelmstraße, statt.
- 14. Kreis Neukölln. Die Abteilungen werden ersucht, bis Sonnabend, den 2. August, im Sekretariat Namen und Wohnung der Delegierten zum Freitagsabend anzugeben.
- 17. Kreis Lichtenberg. Am Sonntag, den 3. August, nachmittags 4 Uhr, feiert der Kreis sein diesjähriges Sommerfest im Restaurant „Rosa-Land“ (Schönert), Annastraße 12. Vorbereitungen der verschiedenen Arbeiterportionsvereine (Turner, Robfahrer, Schwimmer, Arbeiter) sowie des Berliner Militärs und der vereinigten Sängerkolonnen.
- 20. Kreis Reinickendorf. Freitag, den 1. August, abends 7 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-Weiß, Schornmeyerstraße 114, Kreisdelegiertenversammlung. Tagesordnung: Bericht über die politische Lage, und Stellungnahme zum Freitagsabend. Genossinnen und Genossen als Gäste willkommen.

Heute, Donnerstag, den 31. Juli:  
Jugendrat, Gruppe Karhoff. 7 1/2 Uhr Zusammenkunft im Jugendheim, Dönhofsstr. 13.

13. Wkt. Wohnung, Wohnungsausschuss! Die Eingemietungslisten für die Sozialistischen Ferienkuren und Winterkuren liegen beim Genossen Dr. Adolf Beck, K. 21, Stromstraße 56 1, wochentags täglich von 3-5 Uhr bis zum 23. August aus.

## Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

23. Wkt. Die Einäscherung des verstorbenen Genossen Georg Hoff, Stargarder Straße 47, findet statt am Freitag, den 1. August, vormittags 10 Uhr, Krematorium Gerichtstraße.  
28. Wkt. Genosse Otto Reiter, Straußberger Str. 4, ist verstorben. Beerdigung Freitag, den 1. August, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Halle Friedhof Friedrichshagen.  
42. Wkt. Genossin Luise Springensack ist verstorben. Einäscherung Freitag, den 1. August, vormittags 11 Uhr im Krematorium Gerichtstraße, 110, Wkt. Grünau. Genossin Marie Blumke ist verstorben. Einäscherung Donnerstag, den 31. Juli, nachmittags 1 1/2 Uhr, Krematorium Baumgartenweg.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

**Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.**  
Geschäftsstelle: Berlin C. 2, Kaiser-Wilhelm-Straße 46 III.  
4. Kreis Prenzlauer Berg. Der Festsaal nimmt an der Versammlung in Prenzlauer Berg, Freitag, den 1. August (siehe unter Prenzlauer Berg).  
5. Kreis Prenzlauer Berg. Donnerstag, den 31. Juli, abends 7 bis 8 Uhr, bei Schneider, Prenzlauer Allee 43, Wilmersdorf, Freitag, den 1. August, pünktlich 6 1/2 Uhr bei W. H. Stargarder Straße 3. Antritt Familienmitglieder, anschließendes Sportturnen, Wilmersdorf. — 6. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, den 1. August, abends 7 1/2 Uhr, Vorstandssitzung mit Führerbesprechung in Schmidt's Gesellschaftshaus, Friedrichstraße 106. Auch müssen an diesem Tage weitere Abteilungsversammlungen stattfinden. Sonntag, den 3. August, Antritt Wehrwiese. — 18. Kreis Kameradschaft Prenzlauer Berg, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung, Prenzlauer Allee, Breite Straße. Tagesordnung: „Unser Berufsstand“, Erscheinen Pflicht. Republikaner sind eingeladen. Zur Beachtung: Wir erlauben die Kameradschaften, alle Nachrichten von Veranstaltungen, Versammlungen usw. nur an die Geschäftsstelle des Gaues Berlin-Brandenburg, Berlin C. 2, Kaiser-Wilhelm-Straße 46 III, gelangen zu lassen. Die familiäre Beerdigung für die gesamte republikanische Presse Berlins ausfallen. Einzelne von den Kameradschaften und angehende Beerdigungen werden mir also ohne die Anwesenheit, das durch die Geschäftsstelle des Gaues gegangenen, nicht mehr aufzunehmen. D. Redaktion.

Berliner Arbeiterbund. Orchestergesellschaft. Am Freitag, den 1. August, 7 1/2 Uhr abends im Restaurant Karhoff, Dietersdorf, Berlin. Der Vorstand.

## Arbeitersport.

„S. S. Sparta 1911“. Reichstheil, Fußball, Hockey, Handball, Judo, Dienstag und Donnerstag Training im Köpenicker Stadion. Sehr willkommen.  
Kreis Schwimmer Reichstheil. Am Sonntag, den 3. August, veranstalten die „Freien Schwimmer Reichstheil“ ihr diesjähriges Schwimmfest „Der Schwimmer“. Der Start ist um 10 Uhr an der Schwimmbrücke (nahe Reichstheil). Sämtliche Altersklassen werden hier ihre Kräfte im freischwimmenden Wettkampf messen. Am Ziel: Kaiser-Friedrich-Straße. Ab 10 Uhr Fortführungen im Freischwimmen und Rettungsübungen. Wasserballspiele guter Mannschaften finden ebenfalls statt.  
Volkshaus Sportklub Union 1911. Vereinslokal Heinrich Opl. Berlin-Prenzlauer, Prenzlauer Allee 24, Ecke Hennrichstraße. Sitzungstag jeden Freitag 8 1/2 Uhr im Vereinslokal. Zur Veranschaulichung unserer Genossinnen und Genossen werden junge Leute über 18 Jahre und zur Hebung der Jugendmannschaften noch junge Leute im Alter von 14-17 Jahren aufgenommen. Auch diejenigen, die das Fußballspielen erlernen wollen, sind gern gesehen. Mitteltage sind an Wilmersdorf, Berlin C. 20, Prenzlauer Allee 24, zu richten. — Am Sonntag, den 3. August, findet auf dem Teufelsberg in der Christenstraße ein großes Fußballspiel zwischen der Union-Premont und Teufelsberg um 6 1/2 Uhr statt. Da beide Vereine in der nächsten Aufstellung spielen, ist guter Sport zu erwarten.  
Kameradschaften in Turnspielen. Am Sonntag, den 3. August, finden im neuerbauten Stadion in Reinickendorf, Schornmeyerstraße, die Entscheidungsspiele um die Kreismeisterschaft statt. In folgenden Spielarten werden die besten Mannschaften ermittelt: Handball, Faustball, Schlagball und Trampolinspringen. Es werden Männer, Frauen, Jugend und alle Herren der fünf Turnbezirke (siehe 100 Teufelsberg) im freischwimmenden Wettkampf ihre Kräfte messen. Nach dem vorausgegangenen Reichsausscheidungsstadium sind spannende Kämpfe zu erwarten. Beginn der Vorrundenspiele 9 Uhr vormittags, der Endspiele 2 Uhr nachmittags. Fahrverbindungen: Straßenbahn 27, 28, 124, Eisenbahn: Bahnhof Friedrichshagen.

## Theater, Lichtspiele usw.

- Volkshaus**  
8 Uhr:  
D. Kreuzschreiber  
Gute Nacht / Karl Ellinger  
Les Penker / Emil Lind  
Johannes / Otto Sauer-Garb
- Staats-Theater**  
Opernhaus  
am Königsplatz  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Fürstentum  
Deutsch. Theater  
Sommerfestspiel  
Sinfonie: Mass und Genuß  
Tägl. 8 Uhr:  
Maximalberl u. Max Lande  
in  
**Clubleute**  
Kammerspiele  
Sommerfestspiel  
Sinfonie: Mass und Genuß  
Tägl. 8 Uhr:  
Georg Alexander  
in: Kummelblättchen  
Th. Admiralpalast  
7 1/2, 8, 9 Uhr: Der Brief d. Jahre  
12 Monate  
operiert, auf dem Spielplan  
ist die große Revue  
**Drahter und drüber**  
Intimas Th. 8 U.  
Gasts., Künstlerp.  
Alb / Nachtlichter  
Befehl
- Metropol-Th.**  
8 U. D. Weitschlagler  
**Mascottchen**
- Tribüne 8 Uhr:**  
Biederleute  
mit Jakob Tiedke
- Rose-Theater**  
8 Uhr: Lehmanns  
Kinder  
Gartentheater 7 1/2  
MSd
- Reichsbanner-Theater**  
Täglich 8 Uhr  
**Dresdener**  
Viktoria-  
Sänger
- Dönhofs-Brettel**  
Anf. 7 1/2, Sonnt. 8 U.  
Gr. Varieté-Program

**1. August**  
8 Uhr  
mit  
**Ausland-**  
**Sensationen**  
Der Vorverkauf  
hat begonnen

**Preis-**  
**Abbau**  
in  
**Zielka**  
Friedrichstr. 60  
Ecke Leipziger Str.  
Varieté-Kabarett  
Schn. 4 1/2, ab 7 1/2  
I. u. II. Etage  
**51 Billards**  
das neue  
**Grünwald-**  
**Paradies**  
an der  
Lanke  
Zehlendorfer-West  
Altenstraße 141  
Wannsee  
Tägl. 4 Uhr Groß-  
**Garten-Konzert**

**55**  
Mark

**Fahrräder billiger!**  
Neue Halbbrenner 55 Mark  
Neue Tourenräder  
mit Freilauf und Rück-  
trittbremse, Schutz-  
blechen und Handbremse. Rahmen mit  
Goldfäden abgesetzt, mit guter Gummim-  
belichtung, prima Hanoocksaetze und Leder-  
tasche mit Werkzeug, Glocke und Acetylen-  
laterne.

**Stück 68 Mark.**  
**ERNST MACHNOW**  
Größtes Fahrradhaus Berlins  
Berlin C, Weinmeisterstr. 14  
Filiale: Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 46-7

**TAUSENDE**  
BESUCHER  
**WEINEN**  
VOR RÖHRUNG  
**UND**  
**LACHEN**  
VOR FREUDE  
**ÜBER**  
DEN DEUTSCHEN SCHÄFERHUND  
**RIN-TIN-TIN**  
HAUPTDARSTELLER IN DEM FILM „DER HUND VON KARIBU“ IM  
**UFA-PALAST AM ZOO**  
BEGINN: 7 UND 9 UHR. VORVERKAUF 11-1 UHR  
EHREN- UND FREIKARTEN UNGÜLTIG.

**30% Ermäßigung bis 1. Sept.**  
bei Anfertigung einfach u. eleg.  
Damen- u. Kindergarderobe  
Spezialität: Einsegnungskleider  
v. G.-M. an: Trauerkleider 24 Mk.  
Mode-Atelier Krämer  
Neue Promenade 3 (Bahnhof Min)  
Telephon Norden 5237

**Aroma-Essenzen**  
für Speise-Eis-  
Händler u. Restaurants  
Otto Reichel  
FA. Mpl. 4791  
Eisenbahnstr. 4  
Auch in Drogerien bestellbar.

**Westfälisches Textilwert**  
Berford Erwin Seidel Eberdissen  
Werk I Berlin B 56 Werk II  
Einzelverkauf der Erzeugnisse meiner Werke.

Indanthren - Oberhemd garant. wasch-, licht-, koch-u. chlorecht	5,90	Berufsanzug blau	6,50
Trikot - Hemd mit buntem Einsatz	2,20	Berufsmantel weiss	7,10
Trikot - Hemd roh ohne Einsatz	1,95	Berufsschürze blau	1,35
Trikot - Unterhosen	2,40	Berufsschürze weiss	1,60
Handtücher	0,65	Berufsjacke weiss	6,30
Handtuchreste 0,30 u. 0,40		blau-weiß gestreift	6,10
Plumeaubezug	4,50		

In großer Auswahl:  
Kessel, Hemdentuch, Halblainen, Reineleinen, Laken.

Da ich keinem Verband angehöre und alle Ware in altem Betrieb herstelle, bleibe, färbe, ausräute und konfektioniere, bin ich in der Lage, der Bevölkerung Berlins eine Gelegenheit zu bieten, sich dauernd zu billigen Fabrikspreisen einzudecken. Ueber 700 Arbeiter arbeiten hinter mir und bürgt die Firma für die billigsten Hersteller-Preise.

**Werder Str. 3-4** am Werderschen Markt

Nach langen, schweren Leiden ver-  
schied am 28. Juli mein lieber Mann  
**Otto Reiter** 263  
im 64. Lebensjahre. In tiefer Trauer  
Lina Reiter geb. Herbst.  
Die Beerdigung findet am Freitag  
nachm. 2 1/2 Uhr von der Kapelle des Zen-  
tralfriedhofs Friedrichshagen aus statt.

Poller, Werk- u. Schachtmeisterbund f. d. Bau-  
gewerbe Deutschlands, Bez.-Verband Gr.-Berlin  
**Todesanzeige**  
Am Sonntag, 27. Juli, verstarb  
plötzlich durch Unfall unter lang-  
jähriger Vorhandenheit und ameri-  
kanischer Kollegen  
**Georg Hoff**  
Ehre seinem Andenken.  
Die Trauerfeier findet am Freitag,  
1. August, vormittags 10 Uhr, in der  
Halle des Krematoriums Berlin N.,  
Berlinerstraße, statt.  
Um rege, zahlreiche Beteiligung  
bittet  
**Det. Doelland.**

**Nachruf!**  
Am 28. Juli verstarb der Zigaretten-  
maschinenführer  
**Otto Reiter**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag,  
den 1. August 1924, nachm. 2 1/2 Uhr,  
auf dem Zentralfriedhof in Friedrichs-  
hagen statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Branchenkommission  
der Zigarettenmaschinenführer im  
Deutschen Metallarbeiter-Verband.

**Gesucht**  
die lebenden Erben von  
**William Otto**,  
der in den Vereinigten  
Staaten im Jahre 1893  
verstarb.  
Mittelungen erbeten an  
David J. Smilow, Rechtsanwalt,  
Minneapolis, Minnesota,  
(U. S. A.).

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Achtung! Achtung!  
Die Kollegen der Firma Szwarc,  
Automobil- u. Karosseriefabrik, Reinick-  
dorf-Weiß, Spandauer Weg 12, müssen  
sich sofort gegen Abgabe einer Erklärung  
im Beisein des melden.  
Die mittlere Ortsverwaltungs-  
sitzung findet am Freitag, den 1. August,  
nicht statt.  
Liquidationen können bis 6 Uhr  
abends eingeholt werden, an den übrigen  
Tagen bis 4 Uhr nachmittags.  
Die Ortsverwaltung.

**Neue Fahrräder**  
direkt ab Fabrik  
**Halbbrennmaschinen M. 55.-**  
**Nelson-Spezial-Herren-**  
**und Damen-Tourenräder**  
unbedingt zuverlässig und rassist, mit prima Frei-  
lauf und prima Bereifung, gelbem Sattel mit ver-  
nickelter Feder und gelber Ledertasche mit Werk-  
zeug, Handbremse und Schutzblechen  
1 Jahr schriftliche Fabrikgarantie Mk. **78.-**

**Nelson-Fahrrad-Rahmen**  
für Herren und Damen, mit komplettem Getriebe,  
Vordergabel und Steuerung, außengelötet  
1 Jahr schriftliche Fabrikgarantie Mk. **35.-**

Seit 1. Januar 1924 über 5000  
Nelson-Fahrräder und Fahrrad-  
rahmen allein in Berlin verkauft

**Nelson-Fahrradbau G. m. b. H.**  
Berlin - Schöneberg, Akaziensiraße 28  
Fabrikgebäude